

2025

Geschäftsbericht

Obergericht Appenzell Ausserrhoden



Appenzell Ausserrhoden

Trogen, im Februar 2026

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Wir lassen Ihnen den Geschäftsbericht für das Jahr 2025 zukommen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Aus Gründen des Umweltschutzes und der Kosteneinsparung wird dieser neu nicht mehr in Druck gegeben, sondern in elektronischer Form geliefert. Für das Vertrauen, das Sie der Justiz entgegengebracht haben, danken wir Ihnen.

Hochachtungsvoll

Der Obergerichtspräsident
Manuel Hüsser

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Obergericht	5
Struktur des Obergerichts	6
Zusammensetzung des Obergerichts	7
Allgemeines	9
Geschäftsentwicklung	12
Statistiken	14
Kantonsgericht	26
Struktur des Kantonsgerichts	27
Zusammensetzung des Kantonsgerichts	28
Allgemeines	29
Geschäftsentwicklung	31
Statistiken	33
Schlichtungsbehörden	40
Struktur der Schlichtungsbehörden	41
Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden	42
Allgemeines	43
Geschäftsentwicklung	44
Statistiken	45



Für die Gerichtsbehörden des Kantons Appenzell Ausserrhoden war das Geschäftsjahr 2025 ein ausgesprochen herausforderndes Jahr. Sowohl beim Obergericht als auch beim Kantonsgericht wurde bei den eingegangenen Verfahren ein Rekordwert erreicht. Die Überlastung der Gerichte war insbesondere im Bereich Strafrecht spürbar.

Daneben waren die Gerichte stark mit Justizverwaltungsaufgaben beschäftigt. Der Bundesgesetzgeber hat beschlossen, die Justiz im Zivil- und Strafrecht umfassend zu digitalisieren. Dabei sollen Papierakten vollständig durch elektronische Akten ersetzt und der Rechtsverkehr über eine elektronische Plattform abgewickelt werden. Ob die Justiz auch im Bereich der kantonalen Verwaltungsgerichtsbarkeit digitalisiert wird, bleibt dem kantonalen Gesetzgeber überlassen. Zur Umsetzung des Bundesprojekts Justitia 4.0 wurde im Kanton Appenzell Ausserrhoden das Projekt «Digitale Justiz AR (DIJAR)» ins Leben gerufen. Nach langjährigen Vorarbeiten konnten das Obergericht und das Departement Inneres und Sicherheit am 26. Mai 2025 den Projektauftrag erteilen. Mit Beschluss vom 23. September 2025 genehmigte der Regierungsrat den Auftrag und die damit verbundenen Ausgaben. Die Gesamtprojektleitung obliegt der ARI Informatik AG und das Projekt gliedert sich in vier Teilprojekte, nämlich Gesetzgebung, Transformation, Implementation und Infrastruktur. Schon in der zweiten Jahreshälfte 2025 waren die Gerichtsbehörden bereits intensiv mit den ersten Projektarbeiten befasst. Das Projekt soll im Jahr 2028 abgeschlossen sein und wird während dieser Zeit erhebliche personelle Ressourcen der Gerichtsbehörden binden.

Sodann haben die Gerichtsbehörden intensiv an der Optimierung ihrer Organisation und Prozesse gearbeitet. Beim Obergericht erfolgte auf Ebene der Präsidien eine Spezialisierung: Der Vizepräsident ist nun für das Verwaltungsrecht und der Gerichtspräsident für das Zivil- und Strafrecht zuständig. Jeder Präsident arbeitet mit einem festen Pool an Gerichtsschreibern zusammen. Dadurch können Belastungsspitzen in einzelnen Rechtsbereichen besser ausgeglichen und die Verfahren schneller und effizienter abgewickelt werden. Auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz wurde geprüft und erste Einführungen stehen kurz bevor. Beim Obergericht wurde neu die Funktion einer Generalsekretärin bzw. eines Generalsekretärs geschaffen. Sie soll das Obergerichtspräsidium einerseits – analog zur Gesamtgerichtsschreiberin / zum Gesamtgerichtsschreiber beim Kantonsgericht – in der Gerichtsleitung des Obergerichts unterstützen und entlasten. Darüber hinaus werden der Generalsekretärin / dem Generalsekretär Aufgaben im Zusammenhang mit der Leitung der Verwaltung aller gerichtlichen Behörden (Obergericht, Kantonsgericht und Schlichtungsbehörden) und deren Interessenvertretung gegenüber anderen Organen übertragen. Über die neue Stelle sollen künftig gemeinsame administrative Aufgaben der Gerichtsbehörden koordiniert und wo sinnvoll gemeinsam abgewickelt werden. Schliesslich waren sowohl beim Obergericht als auch beim Kantonsgericht wichtige personelle Wechsel zu verzeichnen.

Insgesamt waren die Gerichte und ihre Mitarbeitenden im Jahr 2025 erheblich überlastet. Es ist deshalb erfreulich, dass der Kantonsrat den Gerichten für das Jahr 2026 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt hat, wenn auch nicht im beantragten Umfang. Positiv ist auch, dass die zuständige Kommission des Kantonsrats und der Regierungsrat bestrebt sind, die vom Obergericht vorgeschlagene Teilrevision des Justizgesetzes möglichst schnell umzusetzen. Insbesondere beim Obergericht könnten damit auf relativ einfachem Wege bedeutende Effizienzsteigerungen erreicht werden.

Es ist absehbar, dass auch das Jahr 2026 für die Gerichtsbehörden anspruchsvoll werden wird. Sie werden voraussichtlich weiterhin mit hohen Fallzahlen belastet sein und verschiedene Veränderungen in den Bereichen Organisation und Prozesse schnell umsetzen müssen. Es muss deshalb in den Jahren 2026 und 2027 das Ziel sein, den Ausbau und die Reorganisation der Gerichtsbehörden abzuschliessen sowie deren Belastung zu konsolidieren.

Obergericht



Struktur des Obergerichts



Zusammensetzung des Obergerichts

Das Obergericht setzte sich am 1. Juni 2025 wie folgt zusammen:

1. Abteilung

*Zivilrecht, strafrechtliche Berufungen
und Revisionen*

Manuel Hüsser, Vorsitzender
Bernhard Oberholzer
Hanspeter Blaser
Rolf Breu
Janine Lanker

Stellvertreter des Abteilungsvorsitzenden

Bernhard Oberholzer
Daniel Hofmann
Walter Kobler

2. Abteilung

*Steuerrecht, strafrechtliche Beschwerden
sowie Kindes- und Erwachsenenschutzrecht*

Daniel Hofmann, Vorsitzender
Marc Winiger
Florian Windisch
Ralf Kläger
Meinrad Müller

Stellvertreter des Abteilungsvorsitzenden

Marc Winiger
Manuel Hüsser
Walter Kobler

3. Abteilung

Sozialversicherungsrecht

Daniel Hofmann, Vorsitzender
Hans-Peter Fischer
Markus Schneider
Saphira Scheidegger
Kathrin Schindler-Pfister

Stellvertreter des Abteilungsvorsitzenden

Hans-Peter Fischer
Manuel Hüsser
Walter Kobler

4. Abteilung

*Bau- und Planungsrecht, Grundstückschätzungen
und übriges Verwaltungsrecht*

Daniel Hofmann, Vorsitzender
Ernst Graf-Beutler
Patrik Louis
Daniela Cadosch Autolitano
Michèle Gasser Aebischer

Stellvertreter des Abteilungsvorsitzenden

Ernst Graf
Manuel Hüsser
Walter Kobler

Ersatzrichter

Lässt sich eine Abteilung mit den ihr zugeteilten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern nicht oder nicht vollständig besetzen, so wird sie aus der Zahl der übrigen Richterinnen oder Richter bestellt oder ergänzt (Art. 49 Abs. 2 Justizgesetz [bGS 145.31]). Dementsprechend können alle Obergerichter/innen als Ersatzrichter/innen in den anderen Abteilungen amten.

Einzelrichter

Manuel Hüsser (*Bereich Zivil- und Strafrecht*)
Daniel Hofmann (*Bereich Verwaltungsrecht*)

Stellvertreter/innen der Einzelrichter

Zivil- und Strafrecht
Bernhard Oberholzer
Marc Winiger
Ralf Kläger
Hanspeter Blaser
Walter Kobler

Verwaltungsrecht

Patrik Louis
Marc Winiger
Michèle Gasser Aebischer
Florian Windisch
Walter Kobler

Kommissionen

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Manuel Hüsler, Präsident
Bernhard Oberholzer
Hanspeter Blaser

Ersatzmitglieder

Daniel Hofmann
Rolf Breu

Anwaltsaufsichtskommission

Daniel Hofmann, Präsident
Piergiorgio Giuliani
Patrik Louis
Felix Ludwig
Marc Winiger

Ersatzmitglieder

Fidel Cavelti
Florian Windisch
Ralf Kläger

Anwaltsprüfungskommission

Markus Joos, Präsident
Bernhard Oberholzer
Andrea Caroni
Annika Mauerhofer
Daniel Hofmann

Ersatzmitglieder

Marc Winiger
Caroline Nordin
Roger Nobs
Barbara Schittli
Florian Németh

Mitarbeitende

Beatrice Badilatti, *Co-Generalsekretärin/Gerichtsschreiberin* (50%)
Gabriel Barben, *Gerichtsschreiber* (100%)
Monika Epprecht, *Co-Generalsekretärin/Gerichtsschreiberin* (55%)
Gabriela Frehner, *Gerichtsschreiberin* (20%)
Marc Giger, *Gerichtsschreiber* (90%)
Annika Mauerhofer, *Co-Generalsekretärin/Gerichtsschreiberin* (80%)
Barbara Schittli, *Gerichtsschreiberin* (70%)
Chiara Schwizer, *Gerichtsschreiberin* (100%)
Barbara Widmer, *Gerichtsschreiberin* (50%)

Helga Höhener, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (20%)
Fabienne Lanker, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (80%)
Samantha Morace, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (80%)
Cornelia Tanner-Schläpfer, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (50%)

Allgemeines

Personelles

Das Obergericht zählte per Ende des Berichtsjahres 2 vollamtliche Oberrichter, 17 nebenamtliche Richterinnen und Richter, 9 juristische Mitarbeitende (6.15 Vollzeitstellen) und 4 Kanzleiangestellte (2.3 Vollzeitstellen).

Im Verlauf von 2025 gab es beim Obergericht und den Kommissionen verschiedene personelle Veränderungen:

Der seit 2011 als vollamtlicher Oberrichter tätige Walter Kobler erreichte im Mai 2025 das Pensionsalter. Er trat daher per Ende Mai 2025 als Obergerichtspräsident sowie als Präsident und Mitglied der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs zurück.

Manuel Hüsser, der seit 2021 als Obergerichtsvizepräsident tätig war, wurde per Juni 2025 zum neuen Obergerichtspräsidenten gewählt. Das frei gewordene Vizepräsidium wurde mit Daniel Hofmann neu besetzt. Daniel Hofmann ist mit dem Kanton und insbesondere auch mit dem Obergericht bestens vertraut. Nach mehrjähriger Tätigkeit im Rechtsdienst des Departements Bau und Volkswirtschaft war er vor seiner Wahl zum Oberrichter seit Oktober 2017 als Gerichtsschreiber beim Obergericht tätig.

Bei den bisherigen 16 nebenamtlichen Richterinnen und Richtern sind im Berichtsjahr 2025 keine Veränderungen zu verzeichnen. Nachdem der Kantonsrat die Anzahl der nebenamtlichen Richterinnen und Richter auf Antrag der Kommission Inneres und Sicherheit an der Sitzung vom 23. September 2024 auf 17 Personen erhöhte (bGS 145.312), steht Walter Kobler dem Obergericht nach seiner Pensionierung weiterhin als Oberrichter im Nebenamt zur Verfügung und kann im Bedarfsfall als Ersatzmitglied in allen Gerichtsabteilungen respektive als Einzelrichter-Stellvertreter eingesetzt werden.

Daniel Hofmann wurde zum neuen Präsidenten der Anwaltsaufsichtskommission und zum neuen Mitglied der Anwaltsprüfungskommission gewählt, nachdem Manuel Hüsser per Ende Mai 2025 aus beiden Kommissionen zurücktrat. Für die Anwaltsprüfungskommission konnte Florian Németh als neues zusätzliches Ersatzmitglied aus der aktiv tätigen Anwaltschaft gewonnen werden.

Das nach dem Rücktritt von Walter Kobler neu zu besetzende Präsidium der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs übernahm der bisher als Ersatzmitglied amtierende Manuel Hüsser und Daniel Hofmann

wurde zum neuen Ersatzmitglied bestimmt. Ralf Kläger stellte sich als zusätzliches Ersatzmitglied für die Kommission zur Verfügung.

Bei den Mitarbeitenden des Obergerichts gab es im Berichtsjahr drei Neueintritte: Nachdem eine Kanzleimitarbeiterin eine neue Herausforderung angetreten hatte, konnte das frei gewordene Pensum von 80% ab Februar 2025 mit Samantha Morace neu besetzt werden. Gabriela Frehner, die vor einer Familienpause bereits als Gerichtsschreiberin beim Kantonsgericht tätig gewesen war, stiess im Frühling mit einem Pensum von 20% zum Team der Gerichtsschreibenden hinzu. Die durch die Wahl von Daniel Hofmann zum Obergerichtsvizepräsidenten frei gewordene Gerichtsschreiberstelle wurde nahtlos mit Gabriel Barben neu besetzt.

Organisatorisches

Im Rahmen der Kenntnisnahme des letztjährigen Geschäftsberichts 2024 des Obergerichts wurde an der Kantonsratssitzung vom 12. Mai 2025 die Überlastung der Gerichte thematisiert und festgestellt, dass eine Anpassung der Gerichtsorganisation, eine Entlastung der Gerichtspräsidien von administrativen Arbeiten sowie eine Ausstattung der Gerichte mit den nötigen Ressourcen notwendig sind. Das Obergerichtspräsidium hat mit Blick darauf verschiedene organisatorische Veränderungen beim Obergericht angestossen. Um auch in Zukunft die sich stellenden Herausforderungen bewältigen und die hohe Qualität der ausserrhodischen Rechtsprechung beibehalten zu können, werden folgende drei Ansätze verfolgt:

Optimierung der Organisation und der Prozesse

Während in der Vergangenheit beide vollamtlichen Richter jeweils alle Rechtsgebiete abdeckten und die Fallverteilung nach Fallnummer (gerade/ungerade) vorgenommen wurde, hat sich das neue Präsidium entschieden, neu eine Verteilung anhand der Rechtsgebiete vorzunehmen und somit auf Stufe des Obergerichtspräsidiums eine Spezialisierung einzuführen, indem neu der Gerichtspräsident für das Zivil- und Strafrecht und der Vizepräsident für das Verwaltungsrecht zuständig ist. Präsident und Vizepräsident arbeiten je mit einem festen Pool an Gerichtsschreibenden zusammen. Dadurch können Belastungsspitzen in einzelnen Rechtsbereichen besser ausgeglichen und die Verfahren schneller und effizienter abgewickelt werden. Die nebenamtlichen Richterinnen und Richter bleiben wie bisher einer Gerichtsabteilung zugeordnet, was ihnen ebenfalls eine

Spezialisierung ermöglicht. Die Zuständigkeitsbereiche der Abteilungen bleiben unverändert.

Bei allen Gerichtsbehörden, insbesondere aber beim Obergericht als Leitungsorgan, haben die Aufgaben im Bereich der Justizverwaltung in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Als Justizverwaltung bezeichnet man die verwaltende Tätigkeit der Gerichte, die nicht die Rechtsprechung betrifft, sondern die sachlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausübung der Rechtsprechung schafft und erhält. Das Obergericht übt im Bereich der Justizverwaltung die Aufsicht in der Zivil- und Strafrechtspflege aus, leitet die Verwaltung der gerichtlichen Behörden (also von Obergericht, Kantonsgericht und Schlichtungsbehörden) und vertritt die Interessen der gerichtlichen Behörden gegenüber anderen Organen (Art. 22 Abs. 1 und Art. 92 ff. Justizgesetz; vgl. auch Art. 115 der am 30. November 2025 angenommenen neuen Kantonsverfassung). Um diesen Anforderungen künftig besser gerecht zu werden, wurde für das Obergericht eine neue Stabstelle geschaffen:

Auf Stufe der Gerichtsleitung wurde neu ein Generalsekretariat eingeführt. Dieses unterstützt und entlastet das Präsidium einerseits (analog zur Gesamtgerichtsschreiberin / zum Gesamtgerichtsschreiber beim Kantonsgericht, das diese Funktion bereits seit längerem kennt) in der Gerichtsleitung des Obergerichts. Darüber hinaus nimmt das Generalsekretariat Aufgaben im Zusammenhang mit der Leitung der Verwaltung aller gerichtlichen Behörden (Obergericht, Kantonsgericht, Schlichtungsbehörden) wahr und wahrt deren Interessen gegenüber anderen Organen. Via Generalsekretariat wird künftig der Informationsaustausch sowohl zu anderen Stellen innerhalb des Kantons als auch zu den Bundesgremien auf Stufe der Gerichtsverwaltungen sichergestellt. Gemeinsame administrative Aufgaben aller gerichtlichen Behörden werden künftig über diese Stelle koordiniert und wo sinnvoll gemeinsam abgewickelt. Die Stabstelle Generalsekretariat konnte mit bereits beim Obergericht tätigen Gerichtsschreiberinnen besetzt werden, die dem Obergericht neben ihren neuen Stabsaufgaben weiterhin in der Funktion als Gerichtsschreibende zur Verfügung stehen.

Anpassung rechtliche Rahmenbedingungen

Da das Gesetz dem Obergericht diverse Rahmenbedingungen verbindlich vorgibt, sind verschiedene erkannte Optimierungsmöglichkeiten bei den Abläufen und Prozessen erst nach entsprechenden Gesetzesanpassungen möglich. Die Effizienz sowohl des Kantons- als auch des

Obergerichts liesse sich insbesondere dadurch steigern, dass in einzelnen Bereichen Einzelrichterzuständigkeiten eingeführt, die Spruchkörper der Gerichtsabteilungen von fünf auf drei Richterinnen und Richter verkleinert und vermehrt Zirkularentscheide ohne mündliche Beratung vorgesehen würden. Nach den entsprechenden Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten die Verfahren entsprechend ressourcenschonender und schneller erledigt werden, ohne dass dies zu Lasten der Qualität der Rechtsprechung ginge.

Das Obergericht hat dem Departement Inneres und Sicherheit Ende März 2025 einen entsprechenden Entwurf für eine Teilrevision des Justizgesetzes eingereicht und anfangs November 2025 eine präzisierende Stellungnahme dazu abgegeben. Das Departement hat den ergänzten Entwurf seinerseits im Dezember 2025 der Kantonskanzlei zur Vorprüfung überwiesen. Das Obergericht hofft auf eine zügige Behandlung des Geschäfts durch Regierungs- und Kantonsrat im Sinne der beantragten Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und würde es sehr begrüßen, wenn die aufgezeigten Massnahmen möglichst schnell umgesetzt werden könnten.

Anpassung personelle Ressourcen an Arbeitslast

Unverändert zur Situation im letzten Berichtsjahr überschreitet die Verfahrensdauer beim Obergericht in diversen Fällen das vertretbare Mass, da es an personellen Ressourcen mangelt. Zudem binden die laufenden Digitalisierungsprojekte der Gerichtsbehörden zusätzlich personelle Ressourcen, die entsprechend für die Kernaufgaben der Rechtsprechung fehlen (siehe dazu unten, Infrastruktur): Diverse Sonderaufgaben im Zusammenhang mit Justitia 4.0 respektive DIJAR gehen zulasten von Gerichtsschreiber-Ressourcen, die ohnehin schon unzureichend sind. Im Berichtsjahr erhöhten verschiedene Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ihr Pensum vorübergehend, um die grosse Arbeitslast besser zu bewältigen. Die für das Geschäftsjahr 2026 vom Obergericht beantragte Aufstockung der personellen Ressourcen um 300 Stellenprozent für zusätzliches juristisches Personal (Gerichtsschreibende und Stabsstellen) wurde vom Kantonsrat an der Sitzung vom 1. Dezember 2025 im Umfang und Äquivalent von rund 250 Stellenprozenten genehmigt. Im Jahr 2025 erreichten die neu eingegangenen Verfahren beim Obergericht einen neuen Rekordwert. Die Anzahl der per Ende 2025 pendente gebliebenen Verfahren ist mit 194 ebenfalls auf einem Rekordhoch, obwohl 2025 im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Verfahren erledigt werden konnten. Während im Bereich Verwaltungsrecht besonders aufwändige

Steuerverfahren überdurchschnittliche Ressourcen binden, nimmt auch die Zahl von ausserordentlich grossen Straffällen zu. Letztere Entwicklung zeigt sich auch beim Kantonsgericht: Es ist damit zu rechnen, dass sich die dort infolge von grossen Straffällen entstandene Überlastung in den kommenden Jahren beim Obergericht als zweiter Instanz entsprechend fortsetzen wird. Bereits im letzten Quartal 2025 wurde ein erster ausserordentlich grosser Straffall mit einer Urteilsbegründung des Kantonsgerichts von 1'500 Seiten beim Obergericht angefochten. Solche Straffälle binden enorme Ressourcen beider Gerichte.

Infrastruktur

Im ganzen Kanton und bei den Gemeinden wurde die bisher verwendete Software Skype for Business durch Teams abgelöst. Im letzten Quartal des Berichtsjahrs wurden daher auch die herkömmlichen Telefonanschlüsse und -apparate der Mitarbeitenden der Gerichtsbehörden durch Headsets ersetzt und alle wurden neu mit mobil einsetzbaren Laptops ausgerüstet.

Die Digitalisierung im Justizbereich schreitet voran. Das gesamtschweizerisch getragene Projekt Justitia 4.0 verfolgt im Auftrag der Justizdirektorinnen und -direktoren und der Justizkonferenz das Ziel, die heutigen Papierakten durch elektronische Dossiers zu ersetzen. Im Hinblick auf den Aufbau und den Betrieb der Plattform müssen der Bund und mindestens 18 Kantone eine öffentlich-rechtliche Körperschaft gründen. Um dies zu ermöglichen, hat der Bundesrat im Herbst den ersten Teil des Bundesgesetzes über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ, SR 172.023) per Oktober 2025 in Kraft gesetzt. Der Ratifikationsprozess für die Gründungsvereinbarung in den Kantonen läuft.

Es liegt in der Verantwortung der Kantone, das eigene Justizsystem für die digitale Umrüstung rechtzeitig vorzubereiten. Für die erforderlichen Eigenleistungen des Kantons Appenzell Ausserrhoden wurde das bereits im letzten Geschäftsbericht erwähnte Projekt «Digitale Justiz AR (DIJAR)» initialisiert. Nach Abschluss der langjährigen Vorbereitungsarbeiten konnte von der Vorsteherin des Departements Inneres und Sicherheit und dem Obergerichtspräsidenten im Mai 2025 der Projektauftrag/Durchführungsauftrag erteilt werden. Im September 2025 genehmigte der Regierungsrat den Projektauftrag und die damit verbundenen Ausgaben (RRB-2025-394). Unter dem Lead der eingesetzten Hauptprojektleitung haben vier

Teilprojektgruppen ihre Arbeit im zweiten Halbjahr 2025 aufgenommen. In den Teilprojektgruppen wirken verschiedene Vertreter der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Kantonskanzlei, des Amts für Justizvollzug und der ARI mit. Im Vordergrund stehen aktuell das Aufgleisen der nötigen Anpassungen bei den kantonalen Gesetzesgrundlagen, das Abbilden der Ist- und Sollprozesse und eine Bestandesaufnahme zum Aus- und Umrüstungsbedarf bei den Sitzungszimmern und Gerichtssälen.

Betreffend die Geschäftsapplikation Tribuna ist der Wechsel von der Version 3 auf die Version 4 nach wie vor pending. Der ursprüngliche Zeitplan für die Umstellung war aufgrund der im Berichtsjahr knapper als geplant ausgefallenen Personalressourcen bei der Softwareanbieterin nicht umsetzbar. Die Arbeiten sind immer noch am Laufen. Inzwischen wurde das für die Umstellung zwingend erforderliche erste Release-Update (R25) erfolgreich installiert. Das weitere zwingend erforderliche Release-Update (R26) ist für Sommer/Herbst 2026 eingeplant. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Ende 2024 in Auftrag gegebenen Migration der Daten der Schlichtungsbehörden von der Staatsanwaltschaft zu den Gerichten sind in Arbeit und sollen im zweiten Quartal 2026 abgeschlossen werden. Ebenfalls in Arbeit ist die Zusammenlegung der Mandanten «Obergericht» und «Verwaltungsgericht», welche bis Ende 2026 abgeschlossen sein sollte.

Finanzielles

Im Jahr 2025 wurden insgesamt CHF 148'336 (Vorjahr: 204'000 Franken) für unentgeltliche Rechtsverteidigungen und amtliche Verteidigungen aufgewendet. Rückzahlungen erfolgten im Umfang von CHF 15'866.50 (Vorjahr CHF 24'293.05). Weder die eine noch die andere Zahl kann durch das Obergericht beeinflusst werden, die gebundenen Ausgaben hängen von der Anzahl der Fälle und der jeweiligen Fallstruktur ab.

Geschäftsentwicklung

Übersicht

Das Obergericht verzeichnete 2025 mit 465 Verfahrenseingängen einen neuen Rekordwert (Vorjahr: 387). Im Vergleich zum Durchschnitt über die Jahre 2020 - 2024 lagen die Eingänge im Berichtsjahr um rund 18% höher. Bei den Erledigungen wurde 2025 mit 419 abgeschlossenen Verfahren ein hoher Wert erreicht (Vorjahr: 368). Dennoch erhöhte sich die Anzahl der per Ende der Berichtsperiode hängigen Fälle (194) gegenüber der Vorperiode (148) erheblich. Im Vergleich zum Durchschnitt über die Jahre 2020 - 2024 stieg die Zahl der per Ende der Berichtsperiode pendent gebliebenen Verfahren um knapp 7%.

In der Berichtsperiode wurden über 53% der Verfahren binnen einer Dauer von maximal drei Monaten und 91.5% der Fälle innerhalb eines Jahres erledigt. Beide Werte entsprechen ungefähr dem Durchschnitt über die Jahre 2022 - 2024.

2025 wurden 54 Entscheide des Obergerichts beim Bundesgericht angefochten. Der Wert liegt etwas höher als der Durchschnittswert von 46 über die Jahre 2020 - 2024. Im selben Zeitraum erledigte das Bundesgericht ebenfalls eine Anzahl von 54 Beschwerden, wobei es 6 Beschwerden ganz oder in Teilen schützte (11%), während es 48 Beschwerden abwies oder darauf nicht eintrat (89%).

Geschäftsgang der Abteilungen

1. Abteilung

Im Berichtsjahr waren 34 Neueingänge zu verzeichnen, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum (unterdurchschnittlichen) Vorjahr mit 23 Eingängen. Es handelt sich um 19 Berufungen im Strafrecht und um 15 Berufungen im Zivilrecht. Erledigt wurden 2025 in der 1. Abteilung 38 Verfahren, was im Rahmen beider Vorjahre liegt, als je 36 Verfahren abgeschlossen werden konnten. Per Ende des Berichtsjahres blieben in der 1. Abteilung 16 Verfahren pendent (4 weniger als im Vorjahr), darunter auch das bereits erwähnte «grosse» Strafverfahren.

2. Abteilung

Der Trend zu hohen Eingängen von Fällen, die von der 2. Abteilung behandelt werden, setzte sich auch im Berichtsjahr fort (89 Neueingänge; Vorjahr 99). Dabei handelt es sich um 29 strafrechtliche Beschwerden, 18 Beschwerden aus dem Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz und 42 abgaberechtliche Streitigkeiten. Bei letzteren betraf die Mehrheit der neu eingegangenen Beschwer-

den die Staats- und Gemeindesteuern (22), gefolgt von Beschwerden betreffend direkter Bundessteuer (15) sowie übrigen abgaberechtlichen Streitigkeiten (5). Trotz der hohen Erledigungsquote von 95 Verfahren im Verlauf von 2025 blieben am Ende des Berichtsjahres in der 2. Abteilung 39 noch nicht abgeschlossene Verfahren anhängig (6 weniger als im Vorjahr).

3. Abteilung

In der 3. Abteilung lagen die 44 Neueingänge leicht höher als im Vorjahr (37). Wie auch in den Vorjahren betreffen die meisten Verfahren die Invalidenversicherung (14). In 8 Verfahren geht es um Ergänzungsleistungen, 8 Verfahren betreffen den Bereich der Arbeitslosenversicherung, 7 Verfahren die Unfallversicherung, 5 Verfahren die Krankenversicherung und 2 Verfahren die berufliche Vorsorge. Erledigt werden konnten 33 Verfahren, so dass die Anzahl der in der 3. Abteilung per Ende Jahr pendenten Fälle per Ende 2025 auf 33 Verfahren (Vorjahr: 22) anstieg.

4. Abteilung

In der 4. Abteilung gingen 2025 40 neue Beschwerden ein, eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (27). Die meisten Beschwerden betreffen den Bereich übriges Verwaltungsrecht (14 Beschwerden gegen Rekursentscheide des Regierungsrats aus verschiedenen Sachbereichen). Im Übrigen handelt sich um 7 Beschwerden aus dem Bereich Strassenverkehr, 6 Beschwerden aus dem Bereich Ausländerrecht, 5 Beschwerden aus dem Bereich Bau- und Raumplanung, 3 Beschwerden aus dem Bereich Verwaltungsrechtspflege und 2 Beschwerden aus dem Bereich Sozialhilfe. Weitere 3 Beschwerden betreffen den Bereich Strassenbau und übrige Verkehrsanlagen, Landwirtschaft und bäuerliches Bodenrecht respektive politische Rechte. In der 4. Abteilung konnten 2025 mit 36 Verfahren deutlich mehr erledigt werden als noch im Vorjahr (21), so dass am Ende des Berichtsjahrs noch 28 (Vorjahr 24) pendente Verfahren zu verzeichnen waren.

Geschäftsgang der Einzelrichter

Bei den Verfahren der Einzelrichter waren 180 Neueingänge zu verzeichnen (Vorjahr: 157). 106 Verfahren betreffen das Zivil- und Strafrecht und 74 Verfahren das Verwaltungsrecht. Die Erledigungsquote im Berichtsjahr bewegte sich mit 147 Verfahren leicht unter derjenigen des Vorjahres (157). Aufgrund des Anstiegs bei den Neueingängen verdreifachte sich die Anzahl der per Ende

2025 hängigen Verfahren im Vergleich zu den beiden Vorjahren von 17 auf 50.

Geschäftsgang der Kommissionen

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Die im langjährigen Durchschnitt bereits hohen Eingänge der beiden Vorjahre (27 und 31) wurden 2025 mit 56 neuen Verfahren erneut deutlich übertroffen. Trotz der hohen Zahl von 53 Erledigungen blieben so per Ende Berichtsjahr mit 15 Verfahren leicht mehr Verfahren pendent als noch im Vorjahr (12). Wie jedes Berichtsjahr wurden zudem alle Betreibungsämter sowie das Konkursamt des Kantons Appenzell Ausserrhoden der gesetzlich vorgeschriebenen Inspektion durch das Obergericht unterzogen.

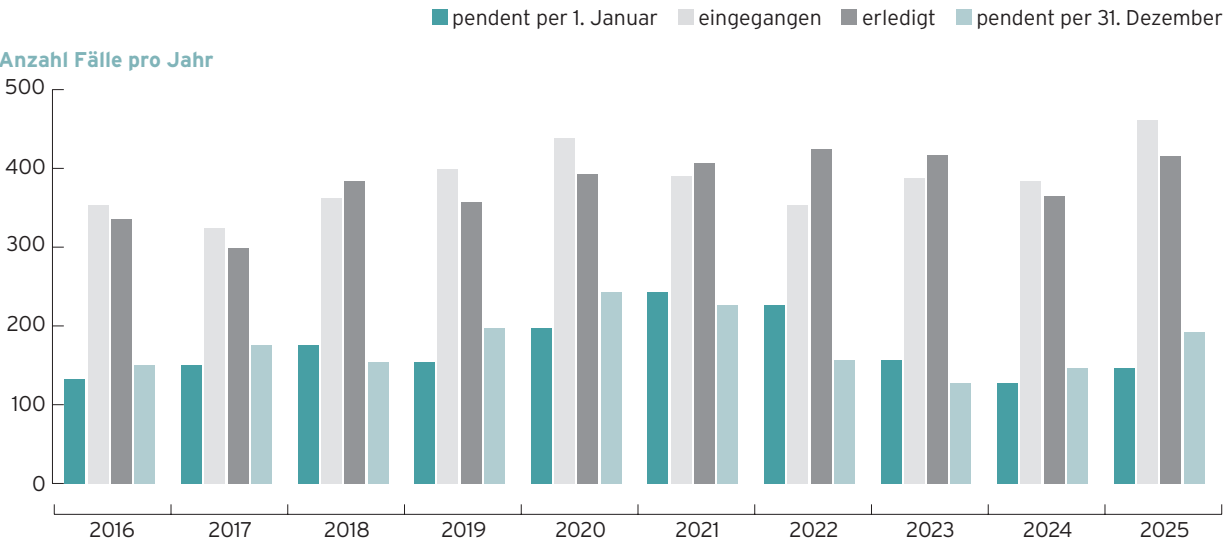
Anwaltsaufsichtskommission

Die Anwaltsaufsichtskommission hatte im Berichtsjahr mit 22 neuen Verfahren einen deutlichen Anstieg von Eingängen zu verzeichnen (Vorjahr 13). 17 Verfahren wurden erledigt (Vorjahr 6) und am Ende des Berichtsjahres blieben 13 (Vorjahr 8) Geschäfte pendent.

Anwaltsprüfungskommission

Die Anwaltsprüfung besteht aus zwei Teilen (1. Teil schriftlich; 2. Teil mündlich), die nacheinander abzulegen sind. Im Berichtsjahr trat im April eine Kandidatin zur schriftlichen Prüfung und im Dezember ein Kandidat zur mündlichen Prüfung an. Die schriftliche Prüfung wurde von der Kommission als nicht bestanden bewertet. Die mündliche Prüfung wurde hingegen erfolgreich abgelegt und das Obergericht erteilte dem Kandidaten, der die schriftliche Prüfung bereits im Vorjahr erfolgreich abgelegt hatte, das Anwaltspatent.

Gesamtobergerichts (mit Kommissionen)

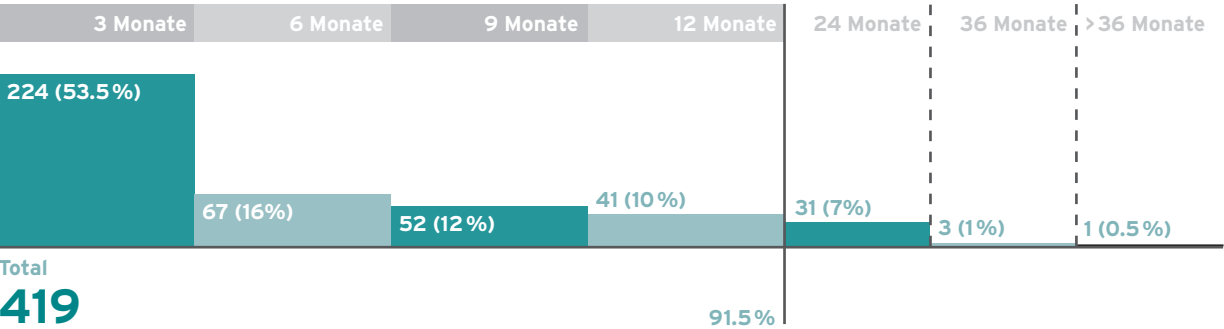


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	134	152	177	156	199	245	229	158	129	148
eingegangen	356	327	366	403	442	394	357	391	387	465
erledigt	338	302	387	360	396	410	428	420	368	419
pendent per 31. Dezember	152	177	156	199	245	229	158	129	148	194

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	49	46	44	50	59	39	38	54
erledigte Beschwerden	37	53	45	34	40	43	30	54
abgewiesen / nicht eingetreten	30	51	43	30	36	37	29	48
teilweise gutgeheissen	2	1	1	1	3	3	-	4
gutgeheissen	5	1	1	3	1	3	1	2

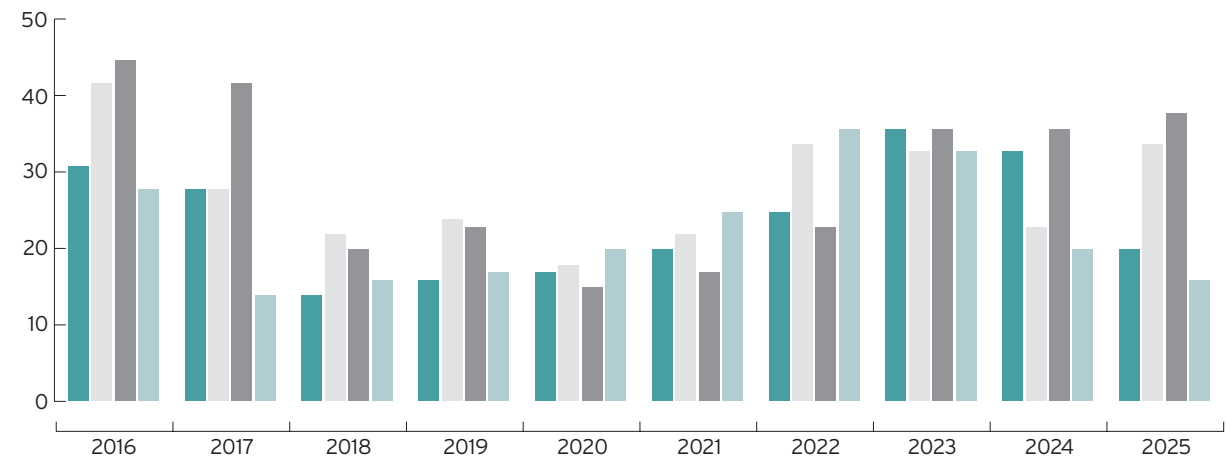
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



1. Abteilung des Obergerichts

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

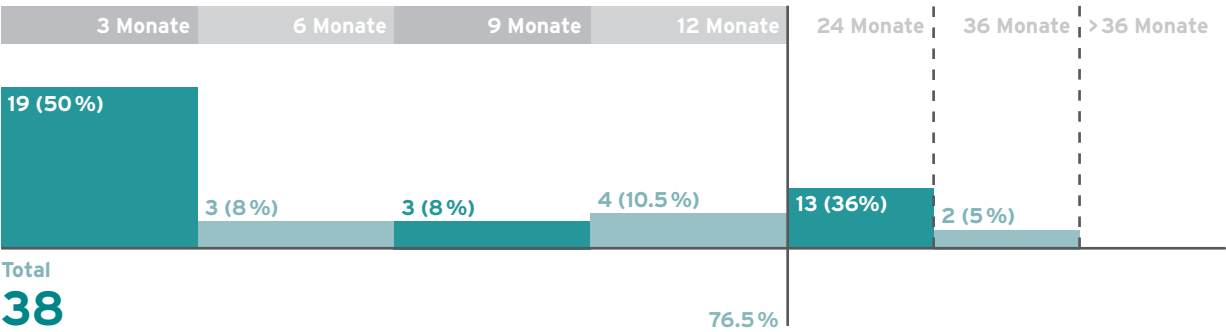


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	31	28	14	16	17	20	25	36	33	20
eingegangen	42	28	22	24	18	22	34	33	23	34
erledigt	45	42	20	23	15	17	23	36	36	38
pendent per 31. Dezember	28	14	16	17	20	25	36	33	20	16

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	4	4	-	4	2	4	5	18
erledigte Beschwerden	2	8	1	1	4	3	2	16
abgewiesen / nicht eingetreten	1	7	1	1	3	3	2	15
teilweise gutgeheissen	-	1	-	-	-	-	-	1
gutgeheissen	1	-	-	-	1	-	-	-

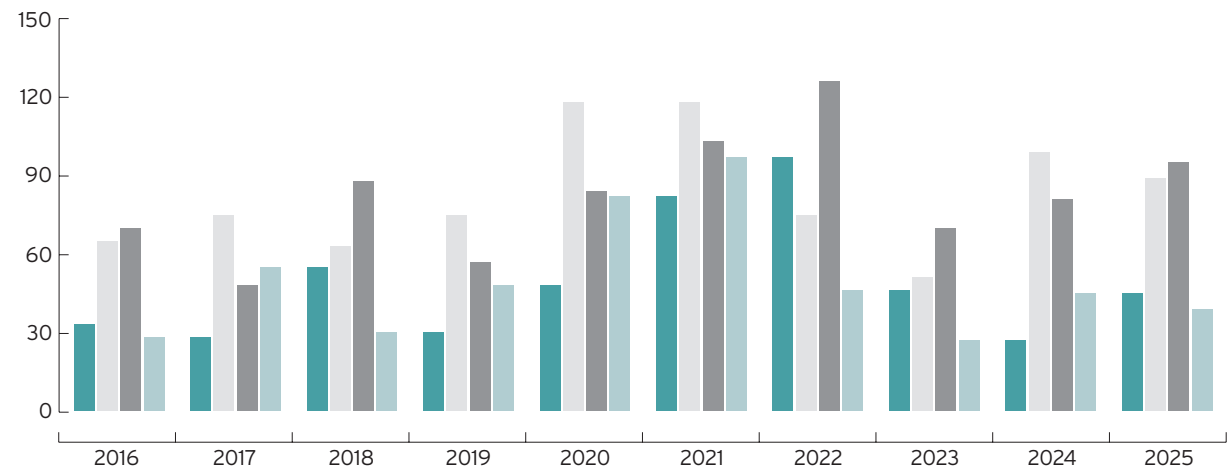
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



2. Abteilung des Obergerichts

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

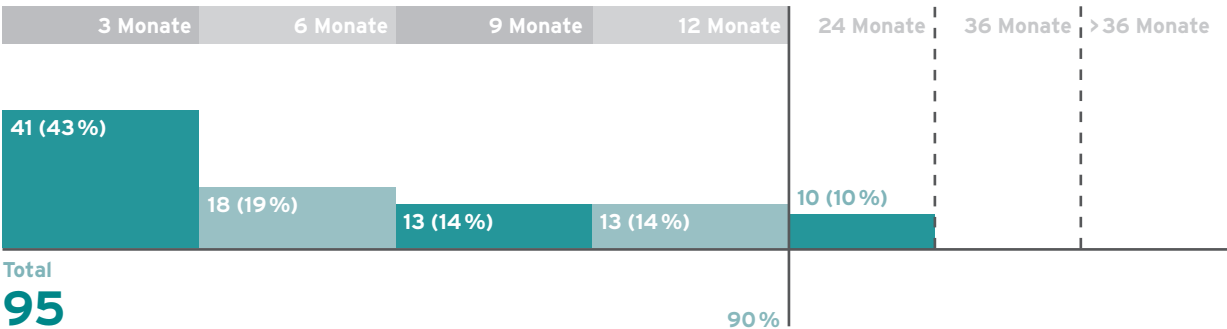


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	33	28	55	30	48	82	97	46	27	45
eingegangen	65	75	63	75	118	118	75	51	99	89
erledigt	70	48	88	57	84	103	126	70	81	95
pendent per 31. Dezember	28	55	30	48	82	97	46	27	45	39

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	11	7	4	11	25	11	9	10
erledigte Beschwerden	9	9	5	5	14	14	7	6
abgewiesen / nicht eingetreten	6	9	5	5	12	12	6	6
teilweise gutgeheissen	-	-	-	-	2	-	-	-
gutgeheissen	3	-	-	-	-	2	1	-

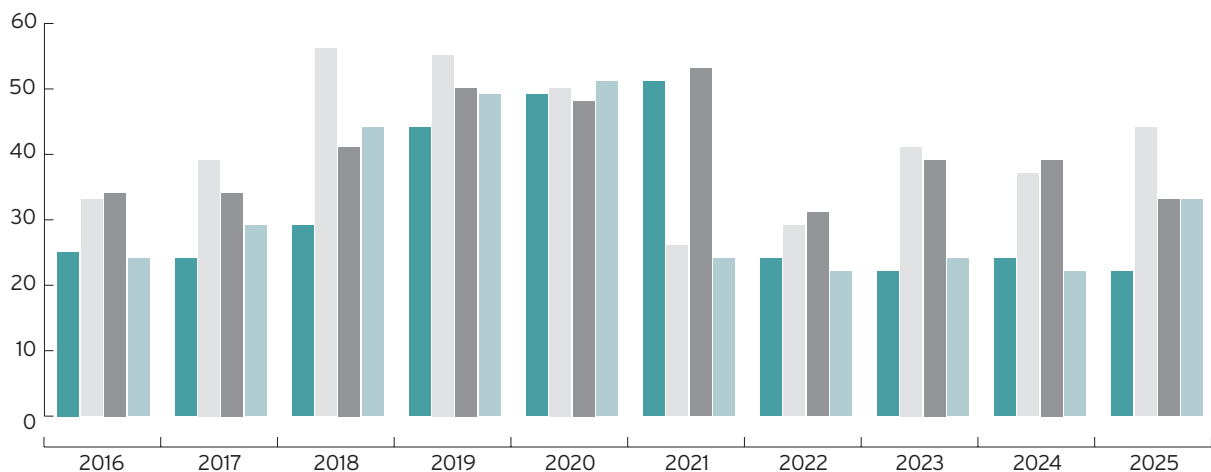
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



3. Abteilung des Obergerichts

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

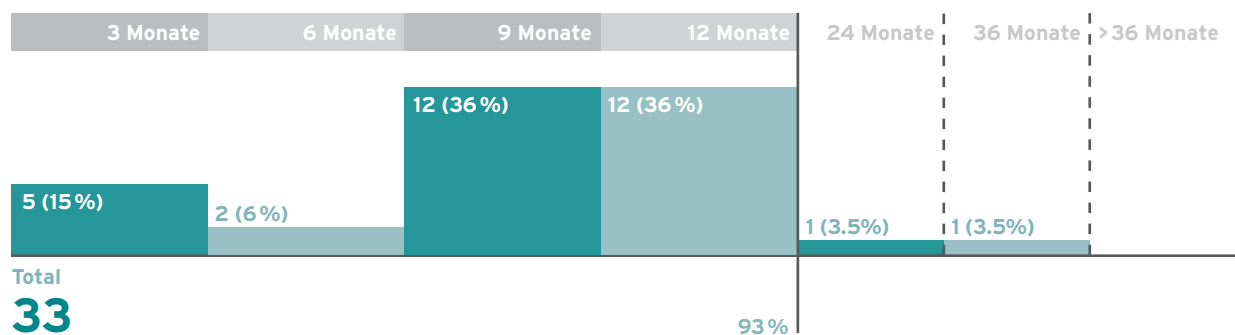


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	25	24	29	44	49	51	24	22	24	22
eingegangen	33	39	56	55	50	26	29	41	37	44
erledigt	34	34	41	50	48	53	31	39	39	33
pendent per 31. Dezember	24	29	44	49	51	24	22	24	22	33

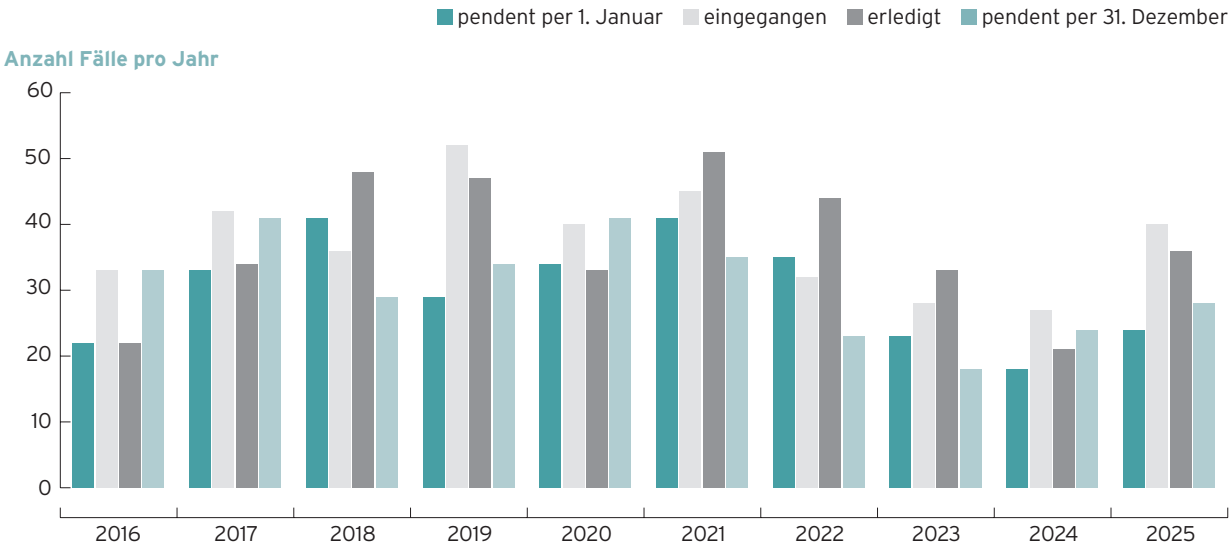
Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	5	9	7	7	4	3	5	-
erledigte Beschwerden	7	10	7	5	3	6	1	3
abgewiesen / nicht eingetreten	6	9	7	4	2	3	1	2
teilweise gutgeheissen	-	-	-	1	1	2	-	-
gutgeheissen	1	1	-	-	-	1	-	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



4. Abteilung des Obergerichts

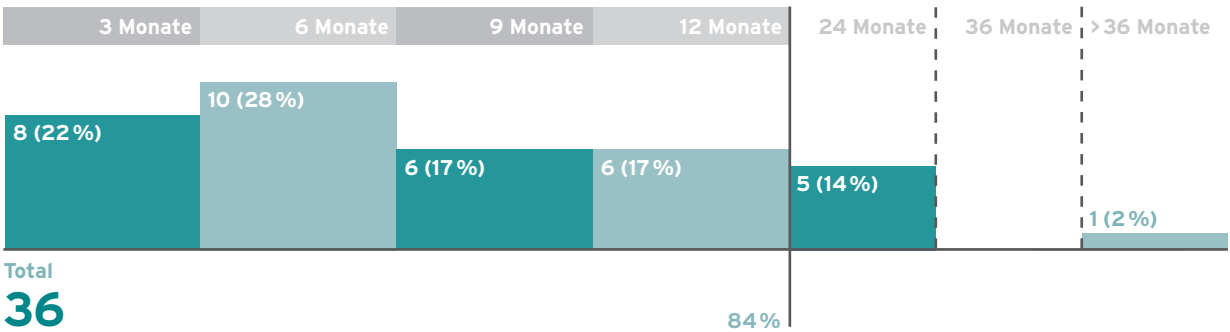


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	22	33	41	29	34	41	35	23	18	24
eingegangen	33	42	36	52	40	45	32	28	27	40
erledigt	22	34	48	47	33	51	44	33	21	36
pendent per 31. Dezember	33	41	29	34	41	35	23	18	24	28

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	14	16	4	13	8	9	8	9
erledigte Beschwerden	8	14	10	7	5	5	8	12
abgewiesen / nicht eingetreten	7	14	9	6	5	4	8	9
teilweise gutgeheissen	1	-	1	-	-	1	-	3
gutgeheissen	-	-	-	1	-	-	-	-

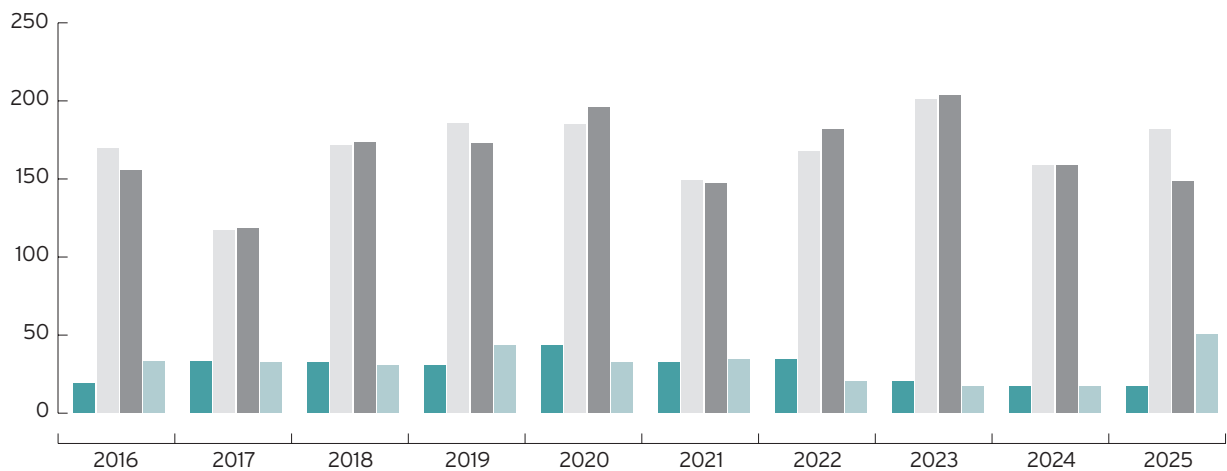
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Einzelrichter des Obergerichts

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

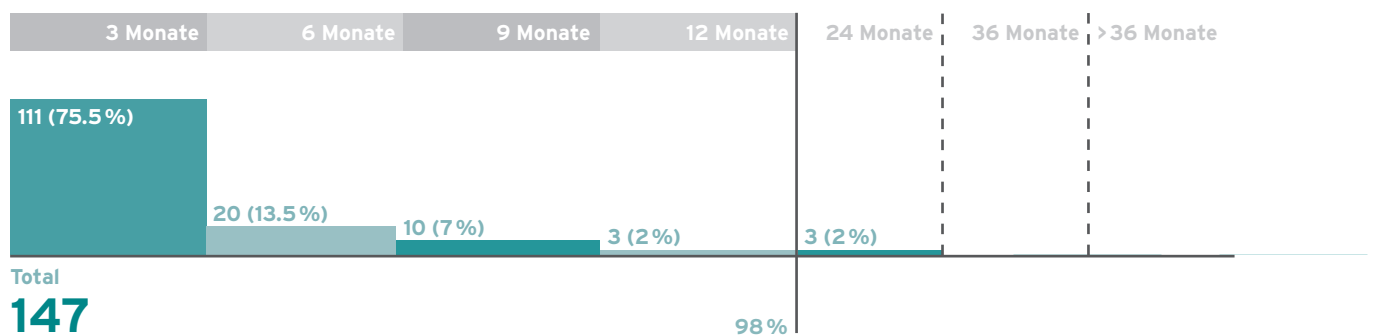


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	19	33	32	30	43	32	34	20	17	17
eingegangen	168	116	170	184	183	148	166	199	157	180
erledigt	154	117	172	171	194	146	180	202	157	147
pendent per 31. Dezember	33	32	30	43	32	34	20	17	17	50

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	15	7	28	14	18	11	11	15
erledigte Beschwerden	11	11	20	15	14	13	12	15
abgewiesen / nicht eingetreten	10	11	19	13	14	13	12	14
teilweise gutgeheissen	1	-	-	-	-	-	-	-
gutgeheissen	-	-	1	2	-	-	-	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Bereich Verwaltungsrecht

Art der Erledigung nach Vorinstanz

		2022	2023	2024	2025
Regierungsrat	gutgeheissen	-	-	1	-
	teilweise gutgeheissen	3	1	3	-
	abgewiesen	4	3	-	1
	nicht eingetreten/abgeschrieben	-	-	1	3
	Total	7	3	5	4
Departemente	gutgeheissen	4	6	4	1
	teilweise gutgeheissen	4	2	5	3
	abgewiesen	18	14	4	15
	nicht eingetreten/abgeschrieben	11	5	2	13
	Total	37	27	15	32
Steuerverwaltung	gutgeheissen	7	2	-	3
	teilweise gutgeheissen	5	2	3	2
	abgewiesen	32	8	11	15
	nicht eingetreten/abgeschrieben	21	15	29	25
	Total	65	27	43	45
Assekuranz	gutgeheissen	-	-	-	-
	teilweise gutgeheissen	-	-	-	-
	abgewiesen	1	-	-	-
	nicht eingetreten/abgeschrieben	1	-	-	2
	Total	2	-	-	2
Ausgleichskasse	gutgeheissen	2	-	1	-
	teilweise gutgeheissen	1	-	3	-
	abgewiesen	6	2	5	1
	nicht eingetreten/abgeschrieben	-	3	1	2
	Total	9	5	10	3
IV-Stelle	gutgeheissen	4	4	3	3
	teilweise gutgeheissen	-	1	6	9
	abgewiesen	6	11	8	9
	nicht eingetreten/abgeschrieben	9	9	7	2
	Total	19	25	24	23

		2022	2023	2024	2025
Krankenversicherer	gutgeheissen	-	1	-	-
	teilweise gutgeheissen	4	2	2	-
	abgewiesen	2	2	-	-
	nicht eingetreten/abgeschrieben	-	1	2	1
	Total	6	6	4	1
Unfallversicherer	gutgeheissen	2	-	-	-
	teilweise gutgeheissen	3	1	1	2
	abgewiesen	6	8	5	2
	nicht eingetreten/abgeschrieben	-	2	-	1
	Total	11	11	6	5
Arbeitslosenkasse	gutgeheissen	3	3	1	1
	teilweise gutgeheissen	-	1	-	-
	abgewiesen	3	3	-	1
	nicht eingetreten/abgeschrieben	1	2	-	-
	Total	7	9	1	2
Personalvorsorgeeinrichtungen	gutgeheissen	-	-	-	-
	teilweise gutgeheissen	-	-	-	1
	abgewiesen	1	-	-	-
	nicht eingetreten/abgeschrieben	1	-	-	-
	Total	2	-	-	1
KESB	gutgeheissen	-	1	-	2
	teilweise gutgeheissen	1	1	-	2
	abgewiesen	12	9	7	6
	nicht eingetreten/abgeschrieben	7	6	11	18
	Total	20	17	18	28
Übrige/Keine	gutgeheissen	2	7	4	14
	teilweise gutgeheissen	2	-	1	1
	abgewiesen	13	13	9	17
	nicht eingetreten/abgeschrieben	10	13	19	20
	Total	27	33	33	55
Total	gutgeheissen	24	24	14	24
	teilweise gutgeheissen	23	11	24	20
	abgewiesen	104	73	49	67
	nicht eingetreten/abgeschrieben	61	56	72	87
	Total	212	164	159	198

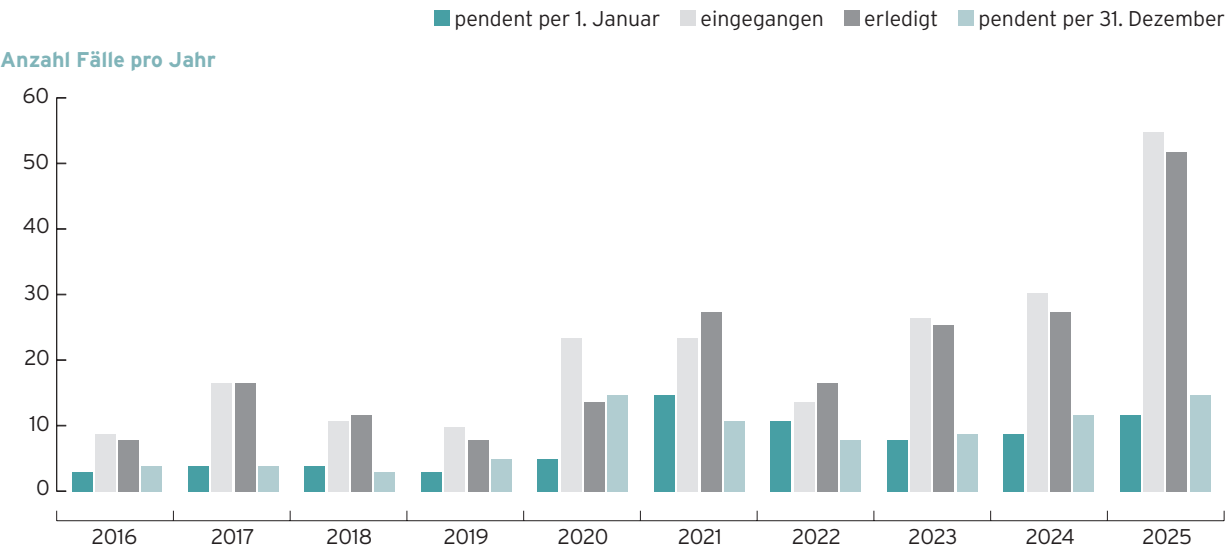
Rechtsgebiete der von den Abteilungen im Verwaltungsrecht erledigten Verfahren

	2022	2023	2024	2025
Direkte Bundessteuer	14	9	13	17
Staats- und Gemeindesteuer	47	16	27	22
Militärpflichtersatz	-	-	-	-
Übrige Steuern und Abgaben	3	1	1	1
Amtliche Grundstückschätzungen	-	-	-	-
Übriges Steuerrecht	-	-	-	5
Alters- und Hinterlassenenversicherung	5	1	3	-
Invalidenversicherung	19	25	24	20
Ergänzungsleistungen	2	3	4	3
Berufliche Vorsorge	2	-	-	1
Krankenversicherung	4	3	5	1
Unfallversicherung	10	10	5	6
Arbeitslosenversicherung	1	4	-	2
Militärversicherung	-	-	-	-
Übriges Sozialversicherungsrecht	-	1	-	-
Bau- und Raumplanungsrecht	15	13	9	9
Strassenbau und übrige Verkehrsanlagen	2	3	3	3
Umwelt- und Gewässerschutz	-	-	-	1
Ausländerrecht	3	2	1	1
Politische Rechte	2	1	-	1
Öffentliches Personalrecht	4	-	-	-
Gemeinderecht	-	-	-	-
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	15	10	12	26
Übriges ZGB, OR, EG zum ZGB	1	1	-	-
Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz	-	1	-	-
Strassenverkehr und übriges Verkehrsrecht	2	1	1	8
Sozialhilfe	1	1	-	-
Landwirtschaft, bäuerliches Bodenrecht	2	1	1	1
Wald- und Forstwesen	-	-	-	-
Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung	-	-	-	-
Verwaltungsrechtspflege	8	4	3	2
Übriges Verwaltungsrecht	9	5	3	10
Total	171	116	113	140

Rechtsgebiete der von den Einzelrichtern im Verwaltungsrecht erledigten Verfahren

	2022	2023	2024	2025
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	27	21	18	29
Vorsorgliche Massnahmen / einstweiliger Rechtsschutz	3	-	2	-
Aufschiebende Wirkung	2	4	10	5
Vermögensrechtliche Streitigkeiten bis 15'000 Franken	9	8	9	4
Fürsorgerische Unterbringung	19	28	28	14
Haft im Ausländerrecht	6	4	2	4
Übrige Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	-	-	1	-
Öffentliches Beschaffungswesen	1	-	2	2
Massnahmen bei häuslicher Gewalt	-	1	-	-
Schiedsgericht nach KVG und UVG	2	-	-	-
Sicherstellung einer Steuerforderung	-	-	-	-
Übrige Verfahren	2	3	3	-
Total	71	69	75	58

Aufsichtskommission für Schuldbetreibung und Konkurs

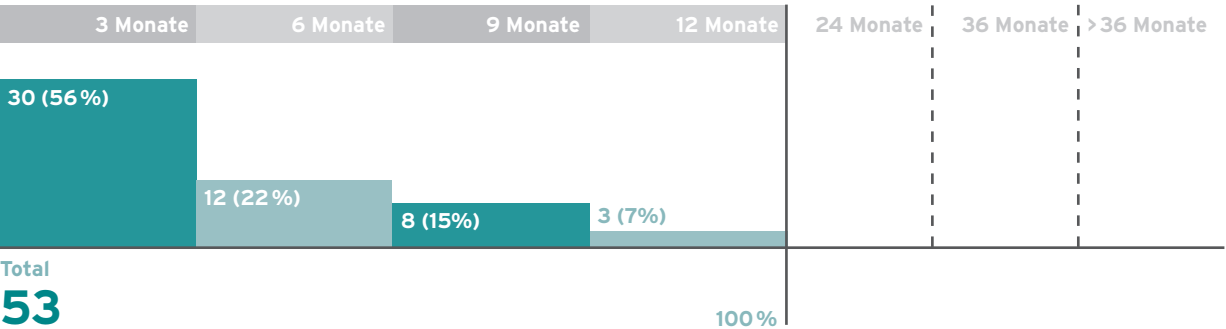


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	3	4	4	3	5	15	11	8	9	12
eingegangen	9	17	11	10	24	24	14	27	31	56
erledigt	8	17	12	8	14	28	17	26	28	53
pendent per 31. Dezember	4	4	3	5	15	11	8	9	12	15

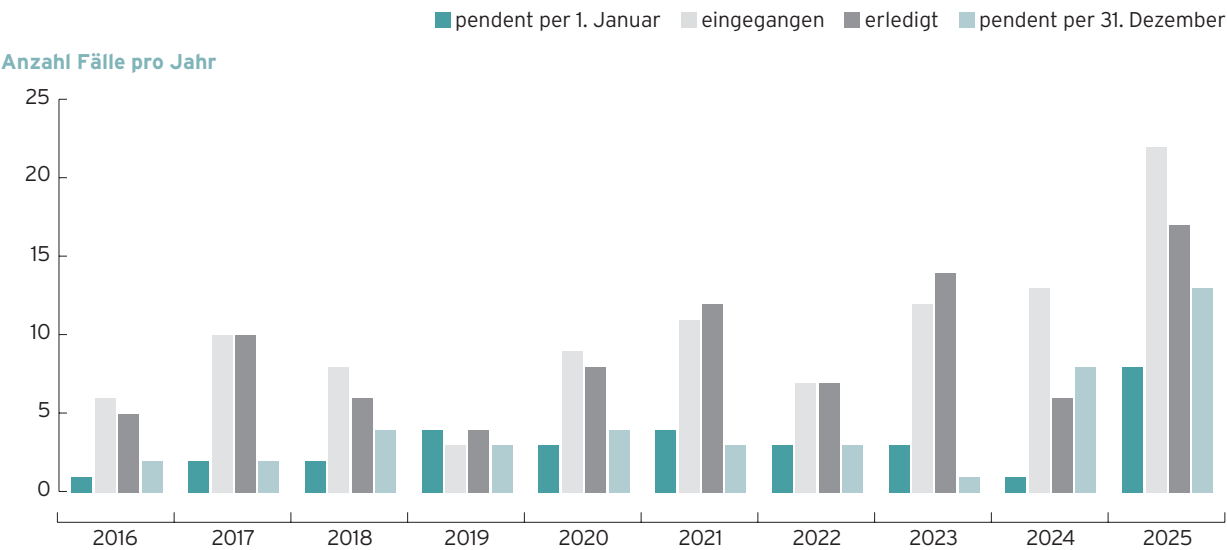
Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden ans Bundesgericht	-	3	1	1	2	1	-	2
erledigte Beschwerden	-	1	2	1	-	2	-	2
abgewiesen / nicht eingetreten	-	1	2	1	-	2	-	2
teilweise gutgeheissen	-	-	-	-	-	-	-	-
gutgeheissen	-	-	-	-	-	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

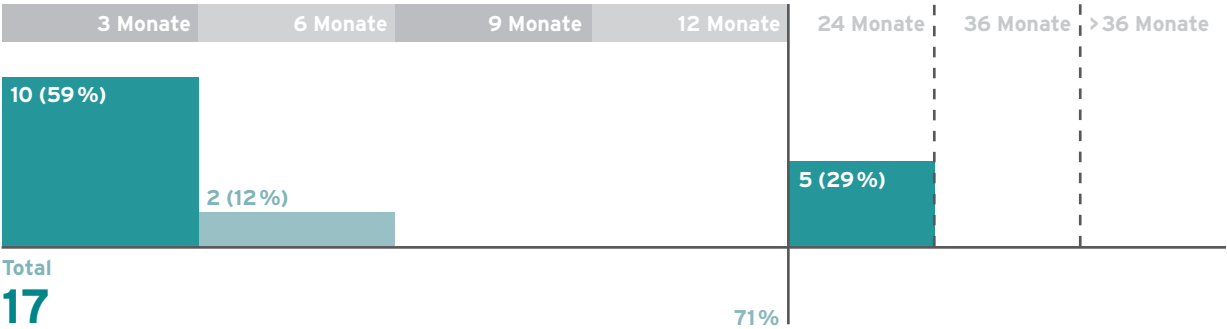


Anwaltsaufsichtskommission



Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	1	2	2	4	3	4	3	3	1	8
eingegangen	6	10	8	3	9	11	7	12	13	22
erledigt	5	10	6	4	8	12	7	14	6	17
pendent per 31. Dezember	2	2	4	3	4	3	3	1	8	13

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Kantonsgericht



Struktur des Kantonsgerichts



Zusammensetzung des Kantonsgerichts

Das Kantonsgericht setzte sich am 1. Juni 2025 wie folgt zusammen:

1. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Lorena Studer, Vorsitzende
Martin Rentsch, stv. Vorsitzender
Barbara Büchler
Claude Eugster
Andreas Zürcher

2. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Caroline Nordin, Vorsitzende
Gabriela Cavelti-Zumbühl, stv. Vorsitzende
Martin Rentsch
Tino Walser
Martin Schoch

3. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Zulema Rickenbacher, Vorsitzende
Tilla Jacomet, stv. Vorsitzende
Regula Weisser Blaser
Adolf Alpiger
Martin Schoch

4. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Stefan Marti, Vorsitzender
Barbara Büchler, stv. Vorsitzende
Martin Rentsch
Tino Walser
Claude Eugster

Jugendgericht

Zulema Rickenbacher, Vorsitzende
Barbara Büchler, stv. Vorsitzende
Claude Eugster

Einzelrichter und Einzelrichterrinnen

Lorena Studer
Caroline Nordin
Zulema Rickenbacher
Stefan Marti

Stellvertreter/innen der Einzelrichter/innen

Barbara Büchler
Claude Eugster
Martin Rentsch

Mitarbeitende

Isabelle Bader, *Gerichtsschreiberin* (60%)
Orly Ben-Attia, *Gerichtsschreiberin* (40%, befristet)
Marisa Graf-Buchegger, *Gerichtsschreiberin* (50%)
Lea Grunder, *Gerichtsschreiberin* (100%, befristet)
David Inauen, *Gerichtsschreiber* (100%)
Lukas Jäger, *Gerichtsschreiber* (80%)
Pietro Maj, *Gesamtgerichtsschreiber* (100%)
Andreas Meier, *Gerichtsschreiber* (100%)
Rahel Neeracher, *Gerichtsschreiberin* (100%, befristet)
Lea Vogt, *Gerichtsschreiberin* (90%)
Daniela Uffer-Dörig, *Gerichtsschreiberin* (40%)

Beatrice Kieninger, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (80%)
Sarah Metzger, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (100%)
Irene Wüst-Graf, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (90%)
Andrea Zellweger, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (60%)
Fabienne Ziegler, *Sachbearbeiterin Kanzlei* (80%)

Allgemeines

Personelles

Einmal mehr prägten personelle Änderungen auf allen Ebenen des Kantonsgerichts das Berichtsjahr. Zulema Rickenbacher, Vorsitzende der 3. Abteilung und des Jugendgerichts sowie Einzelrichterin in Zivil- und Strafsachen, trat aus gesundheitlichen Gründen im zweiten Quartal mit Wirkung per Ende der Berichtsperiode zurück; sie stand ab April 2025 nicht mehr im Einsatz. Ihre Aufgaben wurden von den verbleibenden zwei vollamtlichen Richterinnen und dem vollamtlichen Richter übernommen. Als Nachfolgerin wählte der Kantonsrat am 16. Juni 2025 Christine Bassanello für den Rest der Amtsdauer (2023-27). Christine Bassanello, welche das Amt anfangs November 2025 antrat, war bis zum Wechsel ans Kantonsgericht als Rechtsanwältin in einer Anwaltskanzlei in Basel tätig. Am Ende des vierten Quartals erklärte auch Stefan Marti, Vorsitzender der 4. Abteilung und Einzelrichter in Zivil- und Strafsachen, mit Wirkung per Mitte 2026 den Rücktritt, nachdem er als Richter an das Kreisgericht St. Gallen gewählt wurde. Stefan Marti hatte sein Amt beim Kantonsgericht im Juni 2024 angetreten.

Die Etablierung einer vierten Abteilung im Juni 2024 hatte zur Folge, dass einige nebenamtliche Richter/innen in einem weiteren Spruchkörper Einsitz nehmen mussten, was nicht nur von diesen Funktionsträgern in zeitlicher Hinsicht einen grossen Mehraufwand abverlangt, sondern auch dem Kantonsgericht die Einsatzplanung erschwert. Um die Situation zu entschärfen, wurde deshalb im vierten Quartal der Berichtsperiode eine zusätzliche Stelle «nebenamtliche/r Richter/in für das Kantonsgericht» ausgeschrieben; damit wird die Anzahl der nebenamtlichen Richter/innen von 10 auf 11 erhöht.

Bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern kam es im Berichtsjahr ebenfalls zu Veränderungen: Festina Januzi verliess im ersten Quartal das Kantonsgericht, um eine Stelle in der Advokatur anzutreten. Als Nachfolger konnte Lukas Jäger gewonnen werden, welcher im zweiten Quartal mit einem Teilpensum von 80% in die Dienste des Kantonsgerichts trat. Des Weiteren kehrte Cindy Boller, die bereits früher mehrere Monate beim Kantonsgericht die Stellvertretung einer Gerichtsschreiberin übernommen hatte, mit einem vollen Pensum als Gerichtsschreiberin zurück. Aufgrund starker Arbeitsbelastung waren im Vorjahr die ausserordentlichen Gerichtsschreiberinnen Rahel Neeracher, Lea Grunder, Orly Ben-Attia und Isabelle Bader - ausnahmslos auf ein Jahr befristet und mehrheitlich im Teilzeitpensum - angestellt worden; während das befristete Arbeitsverhältnis von Isabelle Bader im zweiten Quartal

2025 in eine unbefristete Anstellung überführt wurde, verliessen Rahel Neeracher und Orly Ben-Attia das Kantonsgericht im zweiten bzw. dritten Quartal der Berichtsperiode wieder. Lea Grunder verlängerte demgegenüber im dritten Quartal ihren auf ein Jahr befristeten Vertrag um weitere 12 Monate mit einem reduzierten Pensum.

Um die in der Vorperiode geschaffene vierte Abteilung personell den anderen drei Spruchkörpern gleichzustellen, wurde Mitte 2025 neu ein vierter Auditor angestellt.

Bei den Kanzlistinnen waren ebenfalls Mutationen zu verzeichnen: Beatrice Kieninger, seit 2017 Sachbearbeiterin am Kantonsgericht, trat per Mitte Jahr eine Stelle beim Untersuchungsamt Altstätten an; als Nachfolgerin konnte Valentina Guanipa León gewonnen werden.

Organisatorisches

Weil Zulema Rickenbacher als Vorsitzende der 3. Abteilung und des Jugendgerichts sowie als Einzelrichterin in Zivil- und Strafsachen ab April 2025 nicht mehr im Einsatz stand, mussten deren hängige Fälle sowie deren Anteil an Neueinschreibungen bis Ende Oktober 2025 von den drei anderen vollamtlichen Richterinnen und Richter betreut werden, was für diese eine beträchtliche Zusatzbelastung bedeutete. Nachdem der Kantonsrat im Juni 2025 Christine Bassanello zur Nachfolgerin von Zulema Rickenbacher bestimmt hatte, übertrug das Kantonsgericht mit Zirkularbeschluss vom 23. September und mit Wirkung ab November 2025 die Funktionen von Zulema Rickenbacher auf die neue vollamtliche Richterin; mit dem Vorsitz im Jugendgericht wurde (neu) Lorena Studer, Vorsitzende der 1. Abteilung und Einzelrichterin in Zivil- und Strafsachen, betraut. Bis auf die Jugendstrafsachen weisen die vier Abteilungen identische sachliche Zuständigkeiten auf.

In der Vorperiode hatte das Kantonsgericht aufgrund ausserordentlich grosser Straffälle sowie gestiegener Fallzahlen insgesamt zusätzlich 825 Stellenprocente beantragt, wovon der Kantonsrat Ende 2024 gut einen Drittel für die Berichtsperiode bewilligte; gleichzeitig nahm der Kantonsrat im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplanes 2026-2028 davon Kenntnis, dass das Kantonsgericht in den kommenden Jahren zur Aufgabenbewältigung zusätzliches Personal benötigen würde. Tatsächlich zeigte sich bereits im Frühjahr 2025, dass die in der Vorperiode im Sinn einer «ersten Tranche» bewilligten personellen Ressourcen insgesamt nicht ausreichen würden, um neben den seit Jahren kontinuierlich steigenden Eingängen und Pendenzen auch die hängigen sowie neu eingegangenen ausserordentlich grossen Straffälle zu

bearbeiten. M.a.W. musste 2025 abermals im Sinn einer Aufgabenpriorisierung auf die Bearbeitung der aussergewöhnlich umfangreichen Straffälle weitestgehend verzichtet werden, was unter dem Blickwinkel der Rechtsstaatlichkeit (z.B. Beschleunigungsgebot) einmal mehr problematisch erscheint; eine Ausnahme bildeten – wie bereits in der Vorperiode – die dringenden Fälle (Jugendstrafbereich und Fälle, bei denen der Beschuldigte in Haft war), welche zeitnah an die Hand genommen und auch zu Ende gebracht wurden. Vor diesem Hintergrund beantragte das Kantonsgericht im Mai 2025 im Sinn einer «zweiten Tranche» – entsprechend dem Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028 – zwei unbefristete Gerichtsschreiberstellen (200%). Bewilligt wurden vom Kantonsrat im Dezember 2025 zusätzlich und unbefristet für 2026 das Äquivalent von rund 150-Gerichtsschreiber-Stellenprozenten.

Infrastruktur

Die mit Blick auf die Personalentwicklung bereits in der Vorperiode initialisierte räumliche Verdichtung wurde in der Berichtsperiode – im Rahmen der Möglichkeiten – fortgesetzt; inzwischen sind jedoch einzelne Büros drei- oder sogar vierfach belegt, womit das Raumangebot ausgereizt erscheint. Deshalb wurde im zweiten Quartal ein «runder Tisch» einberufen, an dem nebst Mitgliedern des Kantons- und Obergerichts auch Exponenten des Migrationsamtes, des Amtes für Finanzen sowie des Amtes für Immobilien Platz nahmen. Um das Platzangebot zu erweitern wurde i.S. einer vordringlichen Massnahme die Umplatzierung der Vermittlerin, deren Arbeitsplatz sich vorübergehend in einem Büro des Kantonsgerichts befindet, diskutiert; mittelfristig erscheint es jedoch unumgänglich, dass dem Kantonsgericht weitere Büros zur Verfügung gestellt werden. Der in der Berichtsperiode angestossene Prozess ist unter Einbezug aller Beteiligten im nächsten Jahr fortzusetzen.

Ebenfalls im zweiten Quartal wurden aus Platzgründen Teile des Archives geräumt und die entsprechenden Akten an das Staatsarchiv in Herisau übermittelt; die entsprechenden Aktenstücke waren vor der Verlegung vom Staatsarchiv auf ihre historische Archivwürdigkeit hin bewertet worden.

Das Obergericht prüfte im zweiten Semester des Berichtsjahres erneut eine Transkriptionssoftware, nachdem ein Test des Kantonsgerichts mit einem anderen Produkt im vergangenen Jahr unbefriedigend ausgefallen war. Demgegenüber zeitigte die in der Berichtsperiode getestete Software, welche in Teilen der Justiz des Kantons Zürich bereits im Einsatz steht, gute Ergebnisse, weshalb nach

dem Obergericht auch das Kantonsgericht die Anschaffung beschloss. Durch die automatische Verschriftlichung des gesprochenen Wortes während Verhandlungen und Sitzungen werden die Gerichtsschreibenden inskünftig von der zeitraubenden und monotonen Protokollierungsarbeit entlastet werden.

Gegen Ende des dritten Quartals wurde bei sämtlichen Arbeitsplätzen die Hardware ersetzt, was insbesondere für das juristische Personal von Vorteil ist, weil es fortan bei Gerichtsverhandlungen, bei externen Sitzungen, aber auch bei der Arbeit von zu Hause aus, auf einen (persönlichen) Laptop zurückgreifen kann. Im Zuge dieser Umstellung wurde auch die Kommunikationssoftware «Skype for Business» durch «Teams» ersetzt.

Mit Blick auf das schweizweite Projekt Justitia 4.0 wurde der Projektauftrag auf Stufe «Projektausschuss» genehmigt; in der Folge fand im dritten Quartal der Berichtsperiode in Herisau mit allen Projektbeteiligten ein «Kick-Off Workshop» statt, womit für die vier Teilprojektgruppen «Kantonale Gesetzgebung», «Transformation», «Implementation» sowie «Infrastruktur» die Umsetzungsphase eingeläutet wurde. Exponenten des Kantonsgerichts standen ab dem vierten Quartal in den Teilprojekten «Transformation» und «Infrastruktur» im Einsatz, wo das Abbilden der Ist-Prozesse sowie eine erste Bestandsaufnahme zum Aus- und Umrüstungsbedarf bei Sitzungszimmern und Gerichtssälen im Vordergrund stand. Diese Arbeiten werden das Kantonsgericht auch in der nächsten Berichtsperiode stark beschäftigen. Einmal mehr ist zu betonen, dass die Umsetzung dieses Projekts zu einer grundlegenden Umstellung der Arbeitsprozesse führen und das Kantonsgericht vor grosse technische und personelle Herausforderungen stellt.

Finanzielles

Die Ausgaben für amtliche Verteidigungen oder unentgeltliche Rechtsverteistandungen beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 771'812 (Vorjahr: CHF 515'110). Klarzustellen ist, dass das Kantonsgericht auf die Höhe dieser Ausgaben keinen Einfluss hat, weil sie von der Anzahl Fälle und Fallstruktur abhängig ist. Demgegenüber wurden in derselben Zeitspanne von Personen, welchen die amtliche Verteidigung oder die unentgeltliche Rechtsverteistandung gewährt wurde, CHF 152'751 (Vorjahr: CHF 83'964) an die Staatskasse zurückbezahlt. Damit waren im mehrjährigen Vergleich überdurchschnittlich hohe Zuflüsse zu verzeichnen.

Geschäftsentwicklung

Übersicht

Das Kantonsgericht verzeichnete im Berichtsjahr mit 1'997 Eingängen bereits zum vierten Mal hintereinander einen Rekordwert (Vorjahr: 1'868). Im Vergleich zu 2020, mithin im 5-Jahresvergleich, stiegen die Eingänge im Berichtsjahr somit um rund 29% (2020: 1'550); im Vergleich zu 2019 beträgt die Zunahme sogar rund 49% (2019: 1'337). Auch bei den Erledigungen wurde 2025 mit 1'852 abgeschlossenen Verfahren ein neuer Höchstwert erreicht (Vorjahr: 1'780), was insofern bemerkenswert ist, als die vollamtlichen Richter/innen mit Blick auf den Ausfall von Zulema Rickenbacher eine siebenmonatige Vakanz zu beklagen hatten. Trotz dieses Efforts erhöhte sich die Anzahl der per Ende der Berichtsperiode hängigen Fälle (705) gegenüber der Vorperiode (560) abermals. Im 5-Jahresvergleich stieg die Zahl der per Ende der Berichtsperiode pendenten Fälle um gerundet 83% (2020: 386), im Vergleich zu 2019 sogar um rund 112% (2019: 331). Mehr als eine Verdoppelung der hängigen Fälle binnen (nur) sechs Jahren, obgleich das Kantonsgericht – bis auf eine Ausnahme – jedes Jahr mehr Fälle erledigte als in der Vorperiode, ist eine Entwicklung, welche aufhorchen lässt.

In der Berichtsperiode wurden rund drei Viertel der Verfahren binnen einer Dauer von maximal drei Monaten erledigt (76%); eine fast vollständige Erledigungsquote war indessen nach Ablauf von 12 Monaten zu verzeichnen (95%). Diese Werte entsprechen weitestgehend dem Vorjahr.

2025 wurden 58 Entscheide des Kantonsgerichts angefochten, welcher Wert dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entspricht. Im selben Zeitraum erledigte das Obergericht insgesamt 48 Rechtsmittelverfahren, wobei es einen Viertel der Rechtsmittel ganz oder in Teilen schützte (12), während es drei Viertel der Rechtsmittel abwies oder darauf nicht eintrat (36).

Geschäftsgang der Abteilungen und des Jugendgerichts

Vorauszuschicken ist, dass im vorliegenden Geschäftsbericht erstmals der Geschäftsgang hinsichtlich vier (und nicht wie bisher bezüglich drei) Abteilungen darzustellen ist: Zwar wurde die vierte Abteilung bereits Mitte 2024 geschaffen, doch tagte dieser Spruchkörper – wie im letzten Geschäftsbericht ausführlich dargelegt – im Vorjahr noch nicht. Dies erklärt auch, weshalb die vierte Abteilung in der nachfolgenden tabellarischen Darstellung zu Beginn der Berichtsperiode keine Pendenzen aufweist.

Im Berichtsjahr gingen mehr Abteilungsfälle ein (50) als im Vorjahr (42), und es waren auch deutlich mehr Eingänge als im 5-jährigen Durchschnitt zu verzeichnen (gerundet 39). Dabei sahen sich die Abteilungen – wie schon in der Vorperiode – mit z.T. sehr aufwändigen Fällen mit mehreren Beteiligten und zahlreichen Delikten und sehr umfangreichen Akten konfrontiert.

2025 wurden insgesamt 33 Abteilungsfälle abgeschlossen, was leicht über dem Wert des Vorjahres liegt (30). Indessen sind bei den Erledigungen zwischen den Abteilungen im Vergleich zu 2024 grössere Differenzen festzustellen: So brachte die dritte Abteilung in der Berichtsperiode fünf Verfahren zu Ende, was sich mit der mehrmonatigen Vakanz beim Vorsitz erklären lässt. Zwar sprangen die übrigen Vorsitzenden behelfsmässig ein, doch konnte dadurch nur bedingt ein Ausgleich erzielt werden. Mit Blick auf die vier von der vierten Abteilung abgeschlossenen Verfahren ist klarzustellen, dass ihr überhaupt erst in diesem Jahr Fälle zugewiesen wurden, wovon der Grossteil der Fälle sich bis Ende der Berichtsperiode (noch) nicht als spruchreif erwies.

Die vier Abteilungen erledigten insgesamt mehr als die Hälfte der Fälle (19) binnen 12 Monaten; nach Ablauf von 24 Monaten konnten sogar rund drei Viertel der Abteilungsfälle zu Ende gebracht werden (24).

Das Jugendgericht übernahm eine Pendezen aus dem Vorjahr; ausserdem ging im Berichtsjahr ein grosser neuer Fall ein. Beide Jugendstrafverfahren wurde binnen neun Monaten erledigt, sodass kein Fall auf das Folgejahr übertragen werden musste.

Geschäftsgang der Einzelrichter/innen

Im Berichtsjahr mussten 1'946 Fälle, welche in der Kompetenz der Einzelrichter/innen standen, eingeschrieben werden, womit ein neuer Höchstwert erreicht wurde (Vorjahr: 1'824). Geht man ins Detail zeigt sich, dass die Eingänge im Bereich des Strafrechts im 5-Jahresvergleich zwar deutlich zurückgingen (24; 2024: 42; 2023: 45; 2022: 32; 2021: 34; 2020: 48), doch lag die Zahl der neu zugewiesenen Zwangsmassnahmenverfahren (56) über dem mehrjährigen Durchschnitt (rund 54). Ausserdem erreichten die Eingänge in den familienrechtlichen Verfahren – regelmässig besonders arbeitsintensive Prozesse – im Berichtsjahr (87) beinahe den Rekordwert aus dem Jahr 2023 (90), womit sich die in der Vorperiode in diesem Bereich festgestellte Entspannung bloss als vorübergehend erwies (2024: 67). Schliesslich waren mit Blick auf die summarischen Verfahren (Rechtsöffnungen, Konkurse, Bauhandwerkerpfandrechte, Schuldneranwei-

sungen, gerichtliche Verbote, usw.) 109 Fälle mehr als in der Vorperiode zu verzeichnen (1'484; 2024: 1'375). 2025 wurde aber nicht nur mit Blick auf die Eingänge, sondern auch in Bezug auf die abgeschlossenen Verfahren zu einem Rekordjahr (1'817; Vorjahr: 1'749), was einmal mehr bemerkenswert ist, wenn man bedenkt, dass in den Reihen der vollamtlichen Richter/innen – wie bereits dargelegt – eine 7-monatige Vakanz zu beklagen war. Nichtsdestotrotz wuchs die Anzahl der per Ende des Berichtsjahres pendenten Fälle auf 637 an (Vorjahr: 508).

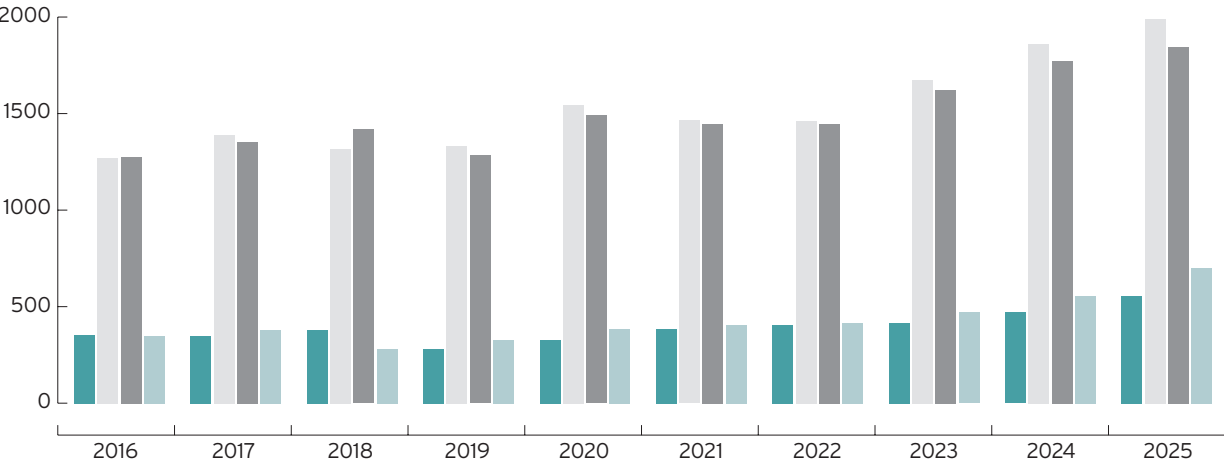
2025 erledigten die Einzelrichter/innen rund drei Viertel der Verfahren binnen 3 Monaten (77%); nach Ablauf von 12 Monaten war die Erledigungsquote fast vollständig (96%). Damit blieb die Verfahrensdauer im Vergleich zu 2024 weitestgehend konstant.

Im Berichtsjahr wurden im Vergleich zu 2024 mehr Entscheide der Einzelrichter/innen angefochten (49; 2024: 37). Die Zahl der erledigten Rechtsmittelverfahren ging im Vergleich zu 2024 indessen zurück, wenn auch nur geringfügig (37; Vorjahr: 43). Rund ein Fünftel der Rechtsmittel wurde ganz oder in Teilen geschützt (7), während das Obergericht rund vier Fünftel der Rechtsmittel abwies oder darauf nicht eintrat (30).

Gesamtkantonsgerichts

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

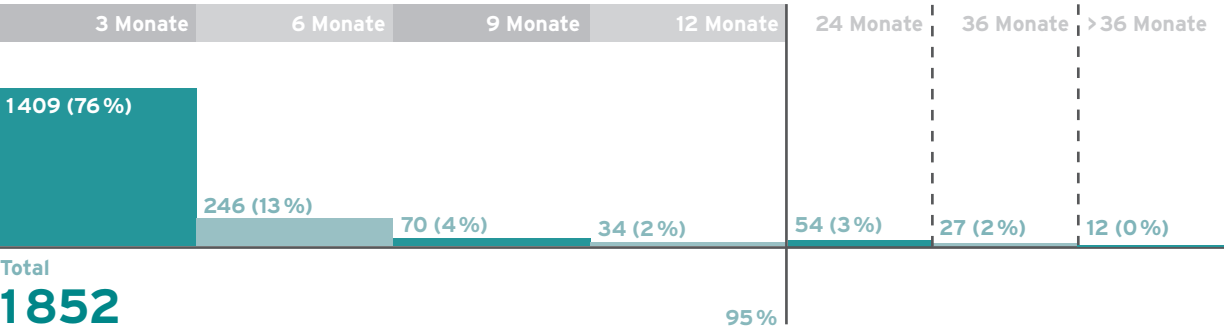


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	355	348	383	281	331	386	406	418	472	560
eingegangen	1272	1394	1320	1337	1550	1469	1465	1681	1868	1997
erledigt	1279	1359	1422	1287	1495	1449	1453	1627	1780	1852
pendent per 31. Dezember	348	383	281	331	386	406	418	472	560	705

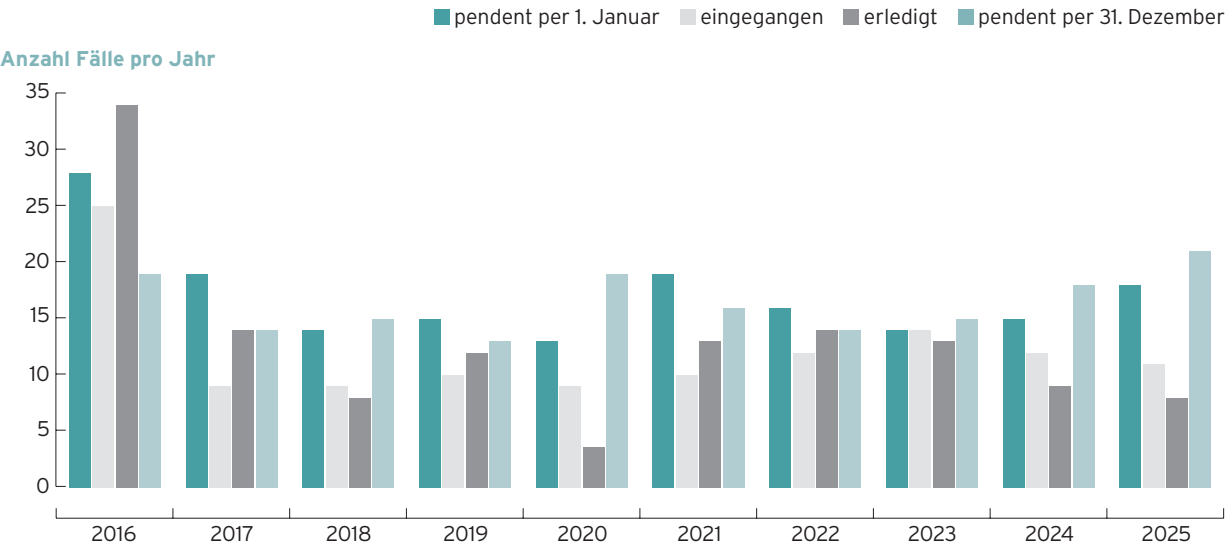
Weiterzug ans Obergericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden / Berufungen ans Obergericht	50	55	61	46	63	72	48	58
erledigte Beschwerden / Berufungen	52	51	55	38	60	68	57	48
abgewiesen / nicht eingetreten	35	40	43	25	35	47	33	36
teilweise gutgeheissen	9	5	2	5	10	7	15	11
gutgeheissen	8	6	10	8	15	14	9	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

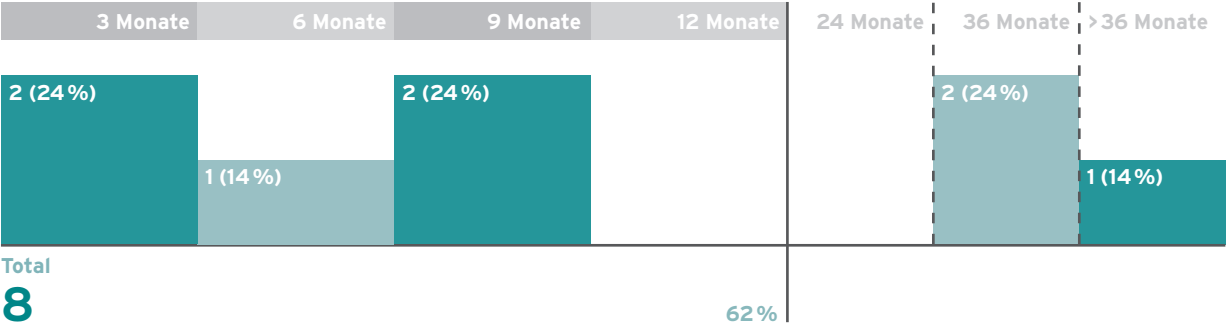


1. Abteilung des Kantonsgerichts

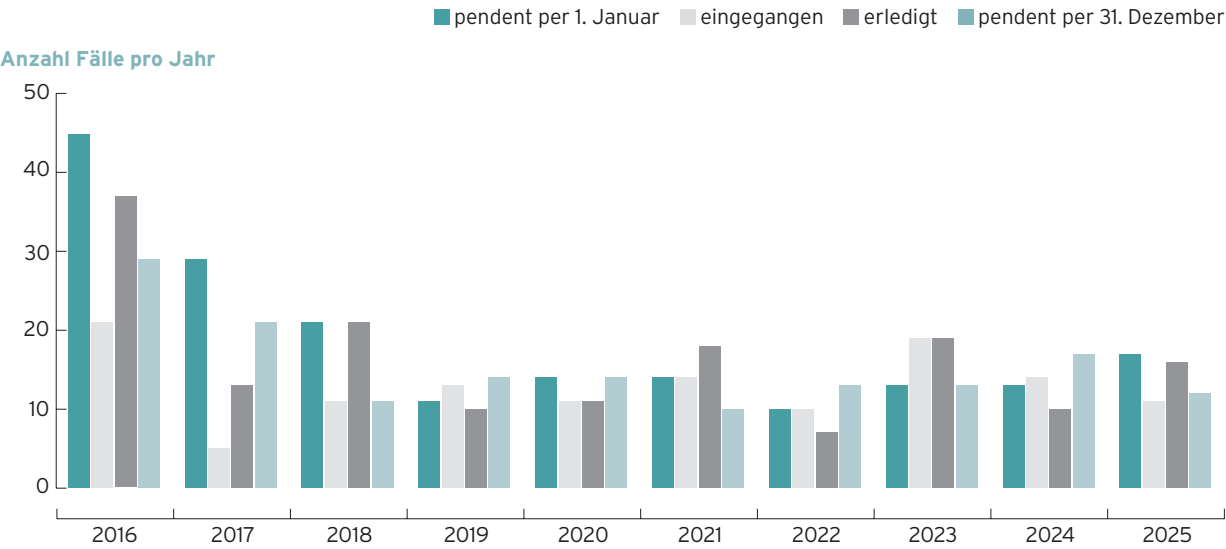


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	28	19	14	15	13	19	16	14	15	18
eingegangen	25	9	9	10	9	10	12	14	12	11
erledigt	34	14	8	12	3	13	14	13	9	8
pendent per 31. Dezember	19	14	15	13	19	16	14	15	18	21

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

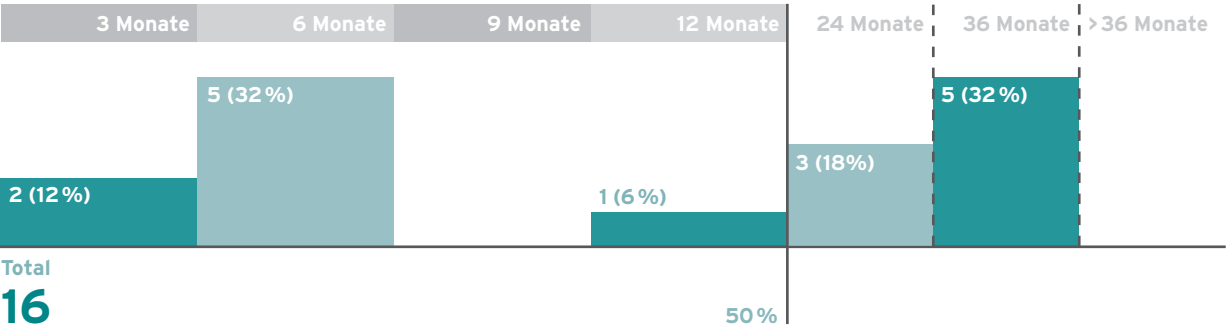


2. Abteilung des Kantonsgerichts

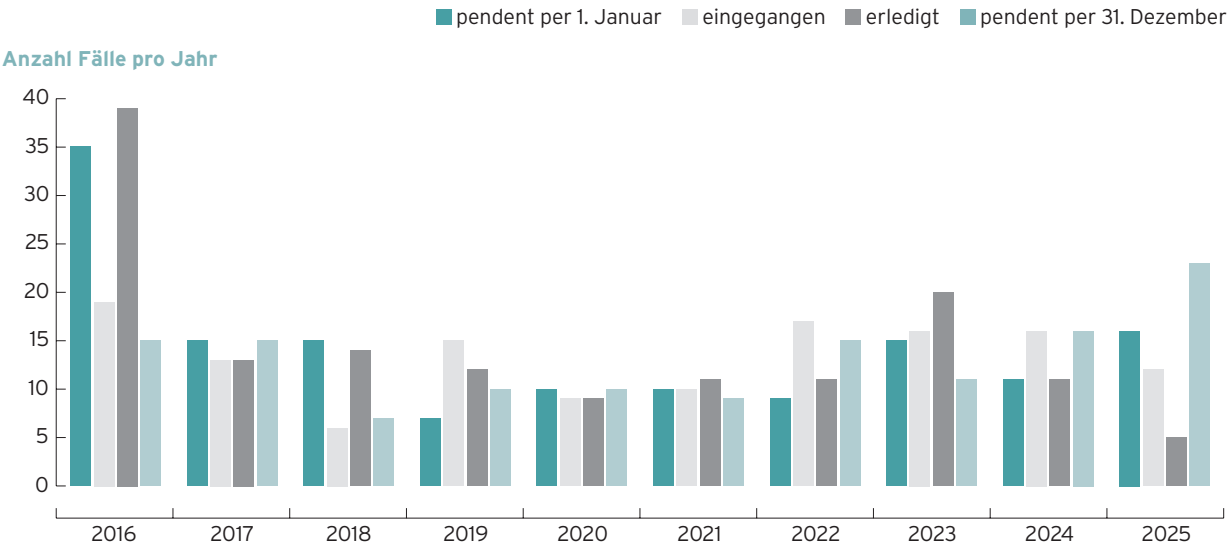


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	45	29	21	11	14	14	10	13	13	17
eingegangen	21	5	11	13	11	14	10	19	14	11
erledigt	37	13	21	10	11	18	7	19	10	16
pendent per 31. Dezember	29	21	11	14	14	10	13	13	17	12

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

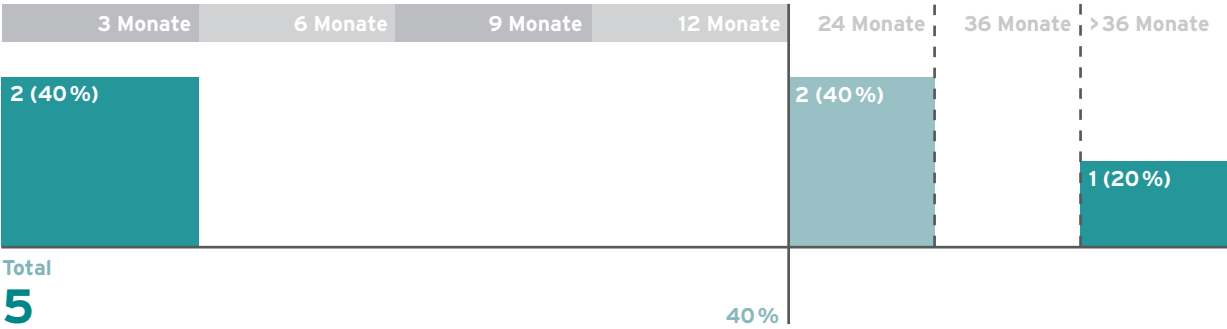


3. Abteilung des Kantonsgerichts

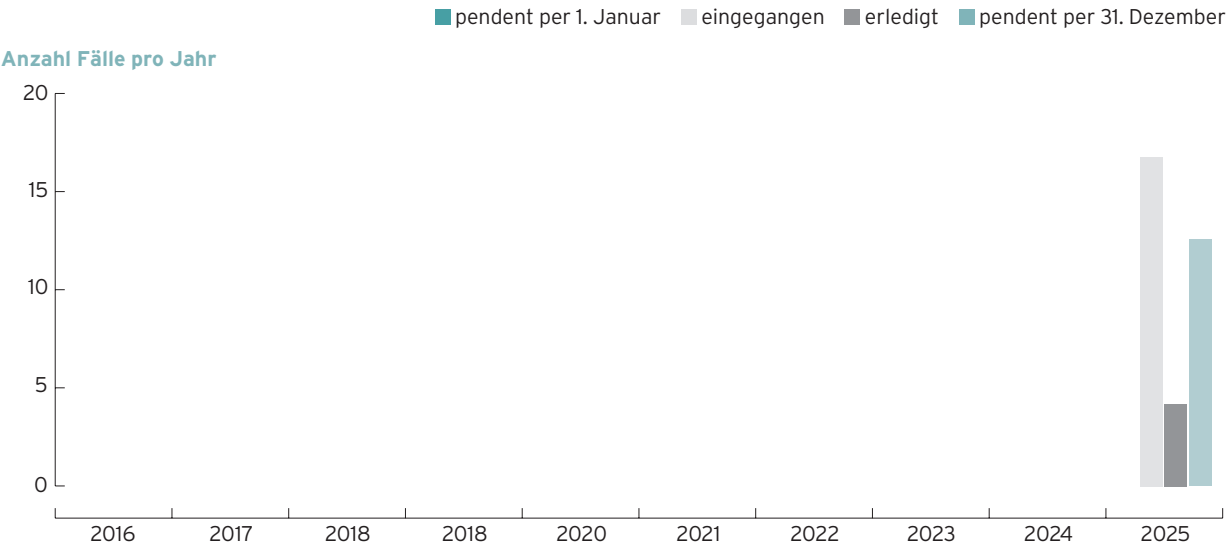


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	35	15	15	7	10	10	9	15	11	16
eingegangen	19	13	6	15	9	10	17	16	16	12
erledigt	39	13	14	12	9	11	11	20	11	5
pendent per 31. Dezember	15	15	7	10	10	9	15	11	16	23

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

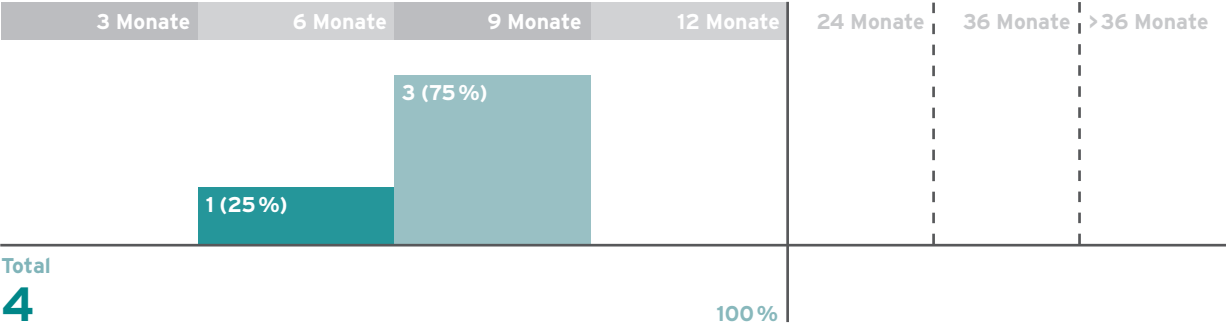


4. Abteilung des Kantonsgerichts

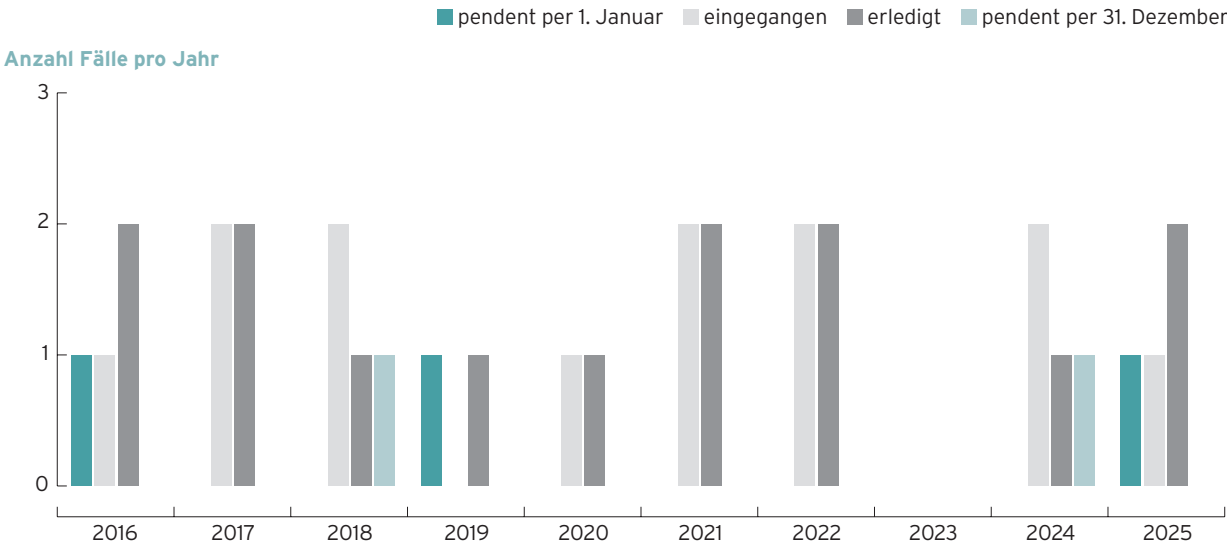


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
eingegangen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
erledigt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
pendent per 31. Dezember	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

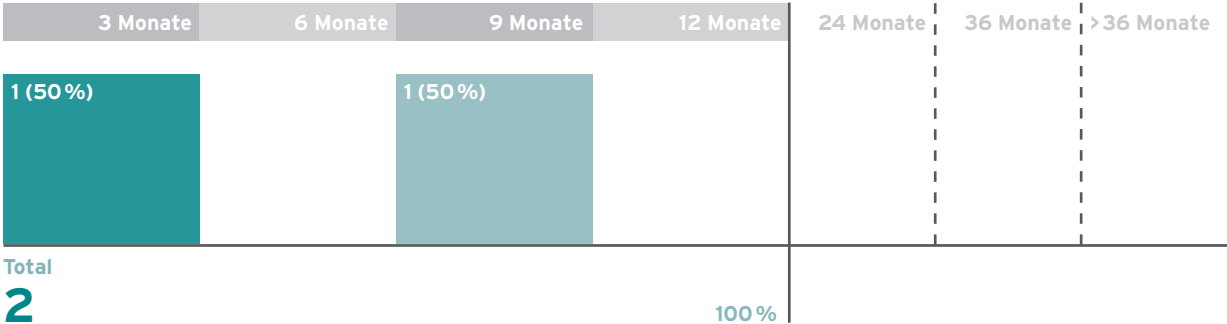


Jugendgerichts

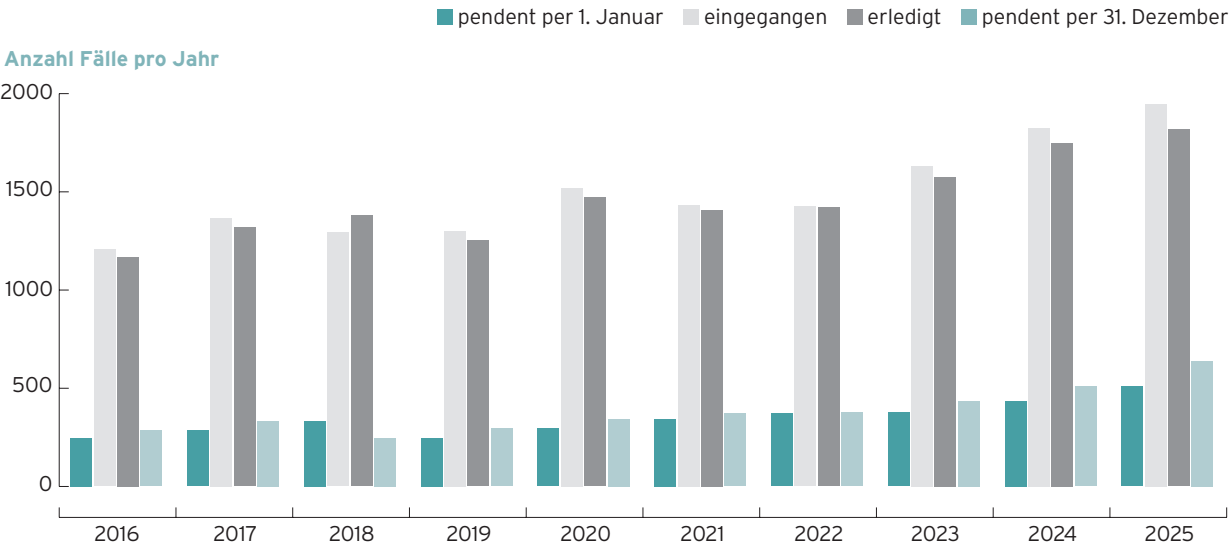


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	1	-	-	1	-	-	-	-	-	1
eingegangen	1	2	2	-	1	2	2	-	2	1
erledigt	2	2	1	1	1	2	2	-	1	2
pendent per 31. Dezember	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Einzelrichter/innen des Kantonsgerichts

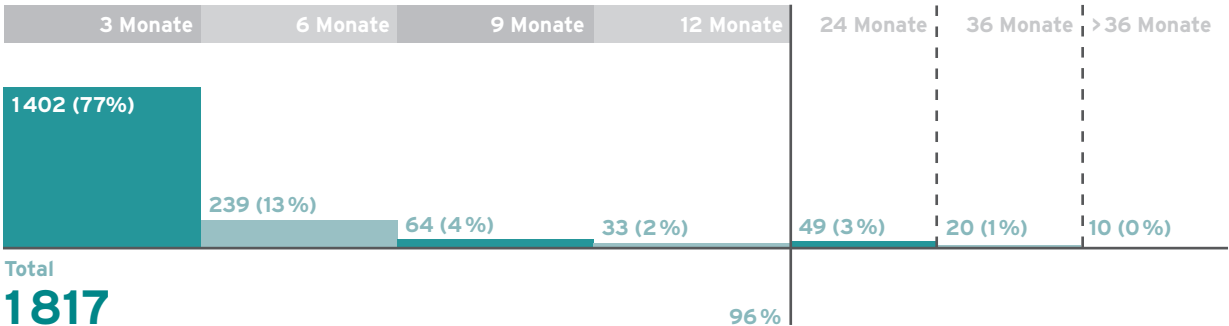


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	246	285	333	247	294	343	371	376	433	508
eingegangen	1206	1365	1292	1299	1520	1433	1424	1632	1824	1946
erledigt	1167	1317	1378	1252	1471	1405	1419	1575	1749	1817
pendent per 31. Dezember	285	333	247	294	343	371	376	433	508	637

Weiterzug ans Obergericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Beschwerden / Berufungen ans Obergericht	41	51	51	38	56	60	37	49
erledigte Beschwerden / Berufungen	39	43	51	31	48	61	43	37
abgewiesen / nicht eingetreten	30	35	40	22	31	41	27	30
teilweise gutgeheissen	4	3	2	1	4	6	9	6
gutgeheissen	5	5	9	8	13	14	7	1

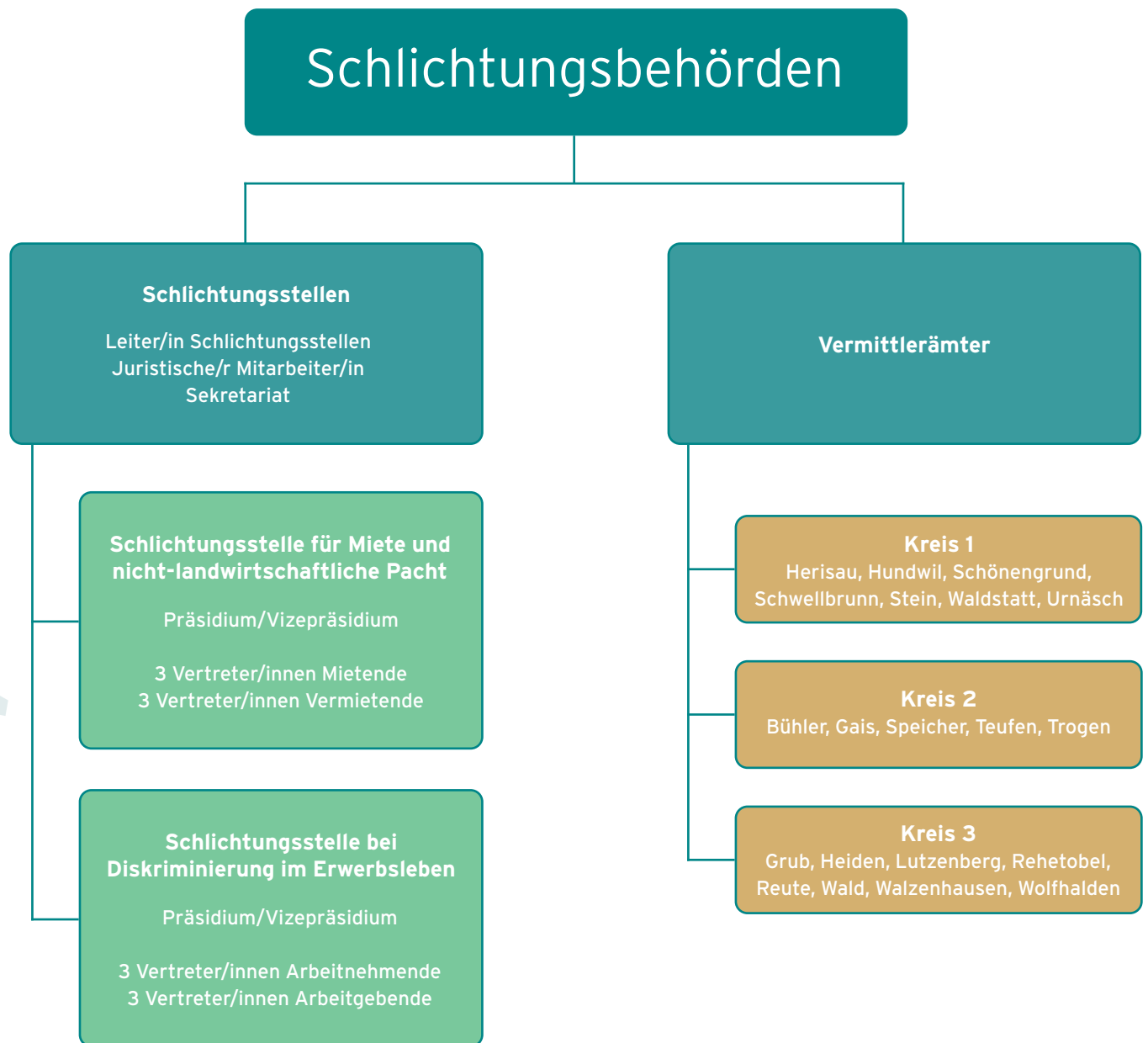
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Schlichtungsbehörden



Struktur der Schlichtungsbehörden



Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden

Die Schlichtungsbehörden setzten sich am 1. Juni 2025 wie folgt zusammen:

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Pascale Sigg-Bischof, Präsidentin
Claudia Bachmann, stv. Präsidentin
Ruedi Aerni, Vermieter-Vertretung
Daniela Lieberherr, Mieter-Vertretung
Martin Hofstetter, Vermieter-Vertretung
Simone Thoma, Mieter-Vertretung
Flurina Zumbühl, Mieter-Vertretung
Belinda Bischof, Vermieter-Vertretung

Vermittlerämter

Kreis 1

Christian Rechsteiner

Kreis 2

Pascale Sigg-Bischof

Kreis 3

Pascale Sigg-Bischof

Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Pascale Sigg-Bischof, Präsidentin
Claudia Bachmann, stv. Präsidentin
Oliver Schmid, Arbeitgeber-Vertretung
Adriana Hörler, Arbeitnehmende-Vertretung
Michaela Schryber, Arbeitnehmende-Vertretung
Sara Saladin, Arbeitgeber-Vertretung
Paul Zähler, Arbeitgeber-Vertretung
Werner Rüegg, Arbeitnehmende-Vertretung

Mitarbeitende der Schlichtungsstellen

Anna Meier, *Leiterin* (60%)
Stefan Hongler, *juristischer Mitarbeiter* (10%)

Yvette Bucher, *Sekretariat* (30%)

Allgemeines

Personelles

Die Präsidentin beider Schlichtungsstellen (Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und Diskriminierung im Erwerbsleben), Pascale Sigg-Bischof, hat ihren Rücktritt per Ende Mai 2026 angekündigt. Sie war ab Juni 2014 in den Funktionen als Vermietervertreterin und Arbeitgebervertreterin Mitglied der Schlichtungsstellen. Seit Juni 2016 war sie (nebst besagten Tätigkeiten als Vermietervertreterin/Arbeitgebervertreterin) stellvertretende Präsidentin beider Schlichtungsstellen. Im Jahr 2017 löste Pascale Sigg-Bischof den damaligen Präsidenten, der krankheitsbedingt ausfiel, ab und wurde im Juni 2018 als Präsidentin beider Schlichtungsstellen gewählt.

Der Kantonsrat wählte Flurina Zumbühl für den Rest der Amtsdauer 2023 bis 2027 ab 1. Juni 2025 als neues Mitglied der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht (Vertretung der Mietenden). Sie löste in dieser Funktion Hansjörg Lampert ab, der per 31. Mai 2025 nach 16 Jahren von seinem Amt zurücktrat.

Bei der Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde bei Diskriminierung im Erwerbsleben gab es im Jahr 2025 keine personellen Veränderungen.

Per 1. August 2025 trat Iris Kortekaas die Nachfolge als Sachbearbeiterin Schlichtungsstellen (Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und Diskriminierung im Erwerbsleben) von Yvette Bucher an.

Organisatorisches

Keine Bemerkungen.

Infrastruktur

Keine Bemerkungen.

Finanzielles

Keine Bemerkungen.

Geschäftsentwicklung

Überblick

Bei den Schlichtungsbehörden blieb im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr die Anzahl neuer Fälle mit 322 (Vorjahr 326) in etwa gleich. Bei den Vermittlerämtern Kreis 1 und 2 war je ein Anstieg an Fallzahlen zu verzeichnen. Die Erfolgsquote aller Verfahren der Schlichtungsbehörden lag im Berichtsjahr bei rund 63%. Der Wert entspricht in etwa dem Durchschnittswert von 65 % der Jahre 2023 - 2024.

Geschäftsgang der Schlichtungsstellen

Die Neueingänge bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht nahmen im Geschäftsjahr mit 117 im Vergleich zum Vorjahr (131 Neueingänge) leicht ab. Es ging 1 Schlichtungsgesuch in Sachen Diskriminierung im Erwerbsleben ein, welches mit einem Vergleich abgeschlossen werden konnte. Die telefonischen, schriftlichen und persönlichen Rechtsberatungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht ab.

Erledigt werden konnten im Jahr 2025 mit 129 (Vorjahr 115) deutlich mehr Fälle. 4 Fälle wurden wegen Unzuständigkeit weitergeleitet und 17 Formulargenehmigungssuche wurden eingereicht. Von den erteilten 33 Klagebewilligungen wurden 16 an das Kantonsgericht weitergezogen. Pendent blieben Ende Berichtsjahr 24 (Vorjahr 36) Fälle. Im Berichtsjahr konnten 49% aller Gesuche in Mietstreitigkeiten (Vorjahr 62%) innert 0 bis 3 Monaten erledigt werden. Die Erfolgsquote der Schlichtungsbehörde für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht liegt in diesem Geschäftsjahr bei 74%. Der von der Schlichtungsbehörde bei Diskriminierung im Erwerbsleben zu behandelnde Fall wurde mit einem Vergleich abgeschlossen.

Die nach wie vor hohe Anzahl von Schlichtungsgesuchen bzw. hängigen Schlichtungsverfahren bei Mietstreitigkeiten kann teils mit den gestiegenen Energiekosten und der zweimaligen Veränderung des Referenzzinssatzes im Jahr 2025 erklärt werden.

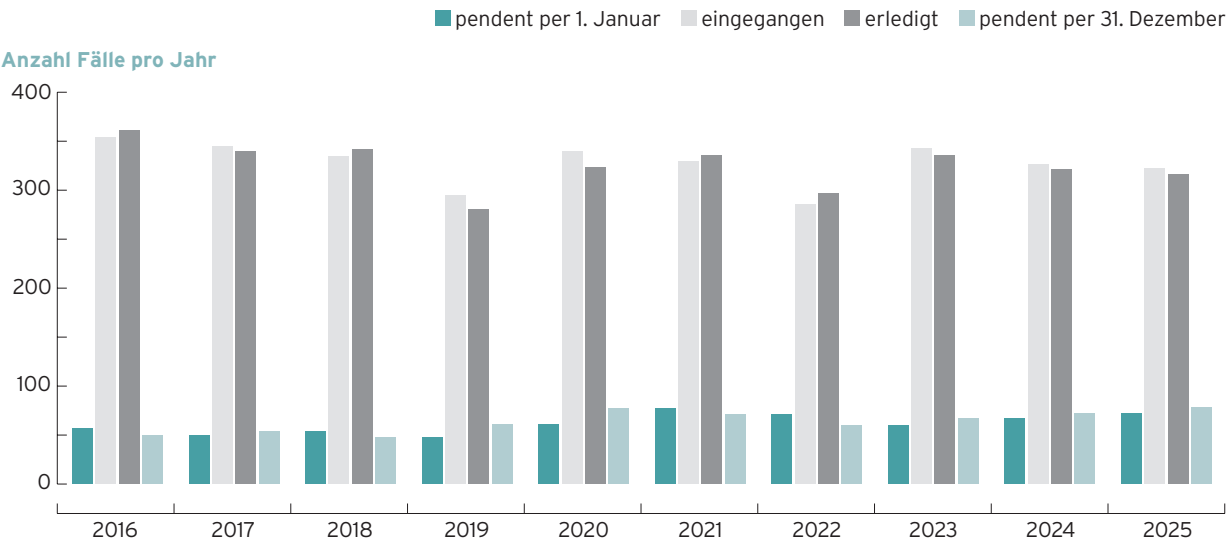
Geschäftsgang der Vermittlerämter

Bei den Vermittlerämtern wird ein leichter Anstieg der Verfahren auf 204 verzeichnet (+10 gegenüber 2024), was einer Zunahme von 5% entspricht. Die Zahl der Ende Berichtsjahr pendent gebliebenen Verfahren sind von 36 auf 54 gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem auf einerseits lange dauernde öffentliche Baurechtsverfahren sowie Konkursverfahren zurückzuführen. Die Erledigungsdauer konnte auf erfreuliche 90% in 0 bis 3 Monate (Vorjahr 80%) gesteigert werden.

Die Erfolgsquote aller Verfahren lag bei 59% (Vorjahr 62%).

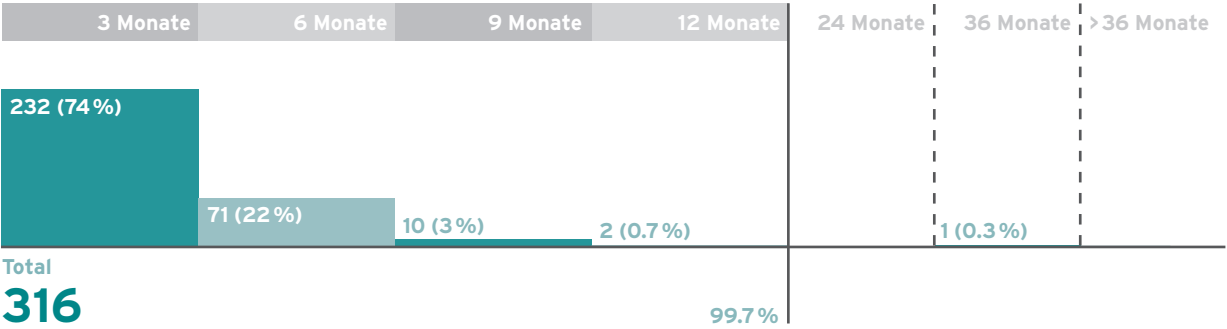
Von den 77 ausgestellten Klagebewilligungen sind 39 an das Kantonsgericht weitergezogen worden.

aller Schlichtungsbehörden

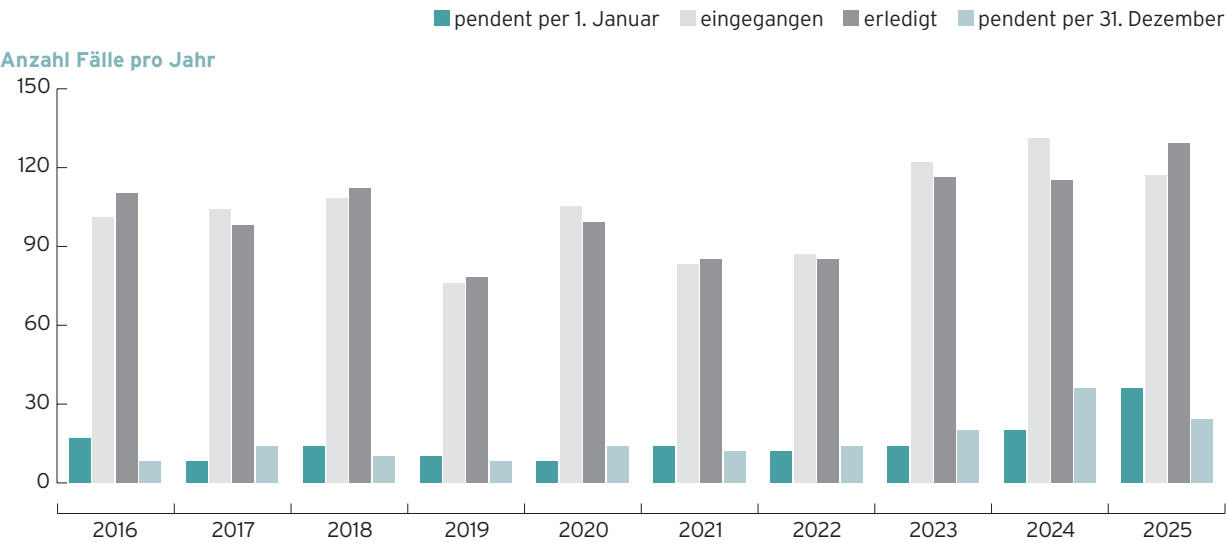


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	57	49	54	47	61	77	71	60	67	72
eingegangen	353	344	334	294	339	329	285	342	326	322
erledigt	361	339	341	280	323	335	296	335	321	316
pendent per 31. Dezember	49	54	47	61	77	71	60	67	72	78

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

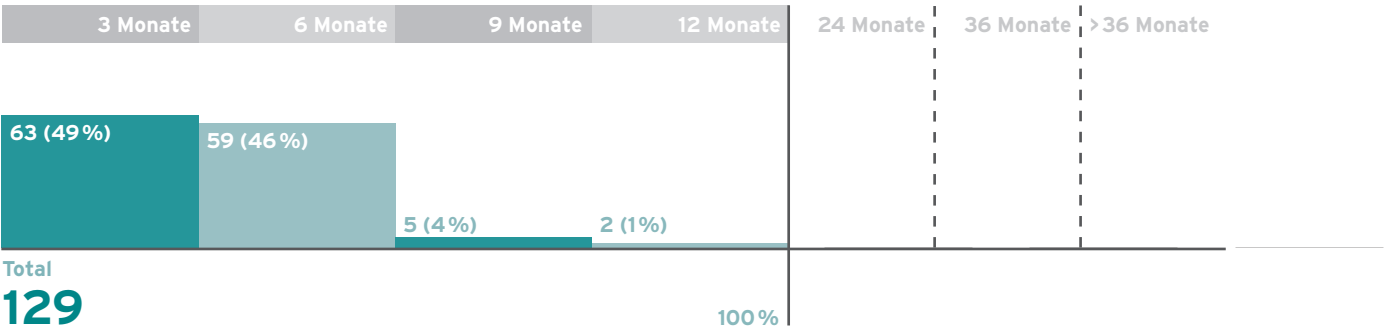


Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

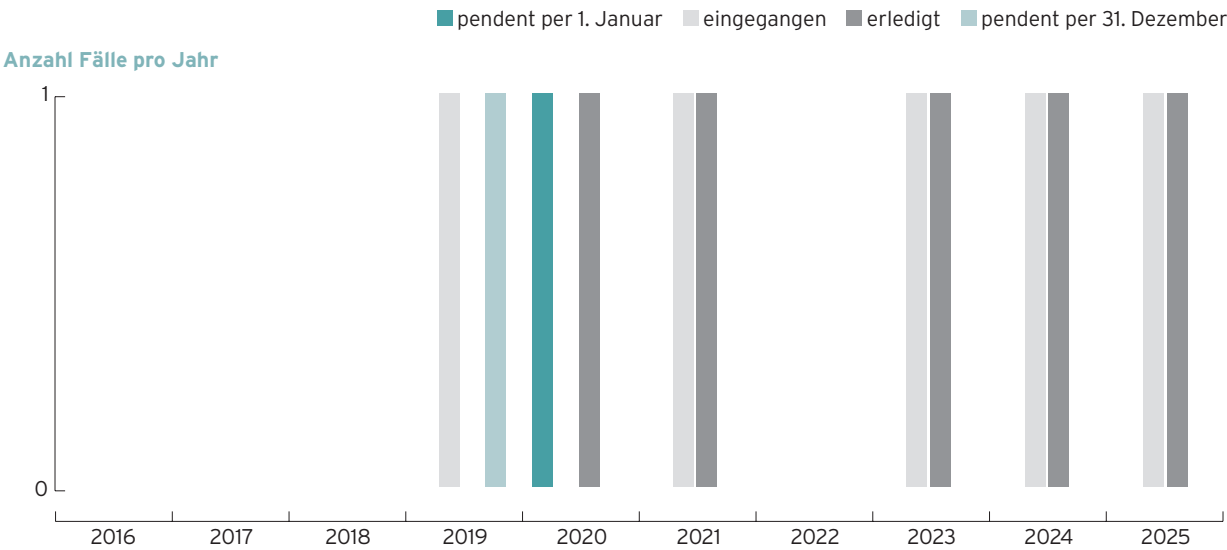


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	17	8	14	10	8	14	12	14	20	36
eingegangen	101	104	108	76	105	83	87	122	131	117
erledigt	110	98	112	78	99	85	85	116	115	129
pendent per 31. Dezember	8	14	10	8	14	12	14	20	36	24

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

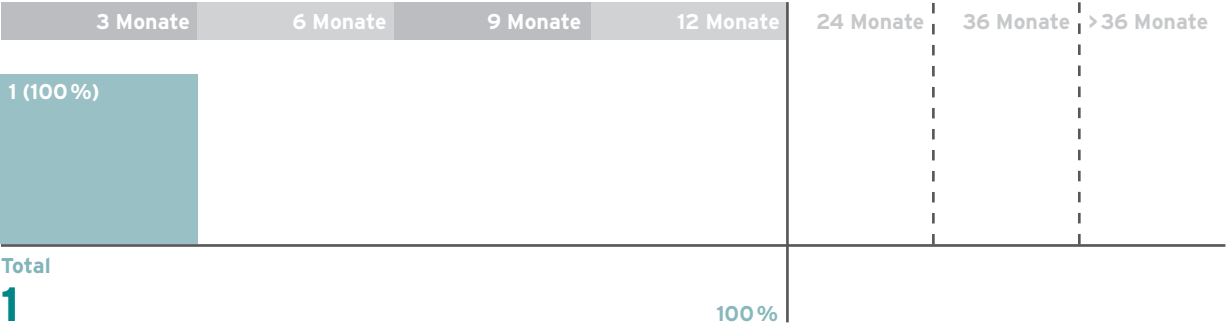


Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

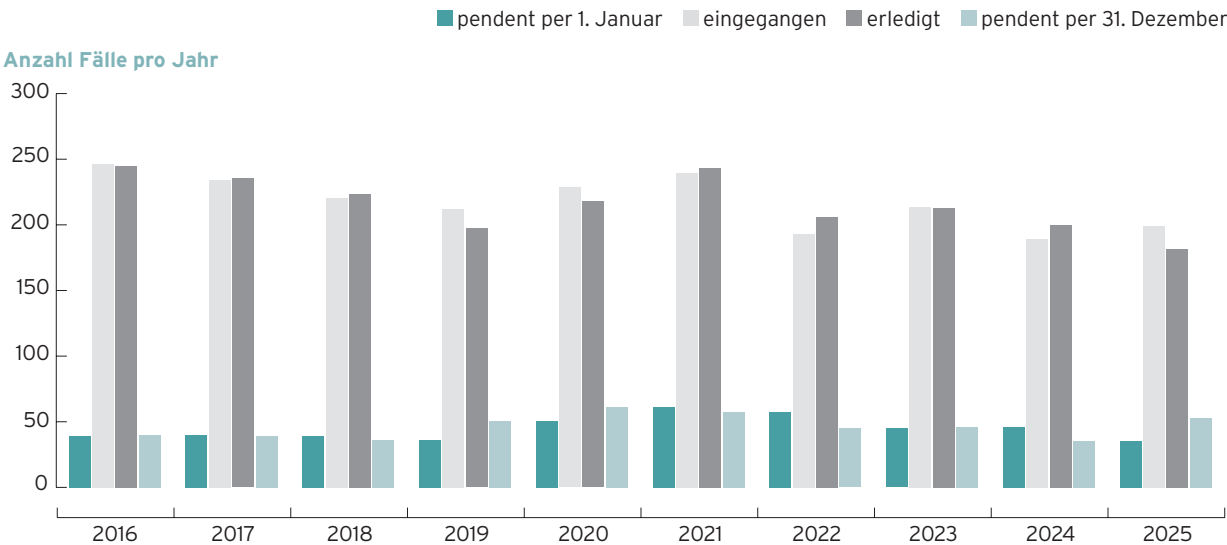


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
eingegangen	-	-	-	1	-	1	-	1	1	1
erledigt	-	-	-	-	1	1	-	1	1	1
pendent per 31. Dezember	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

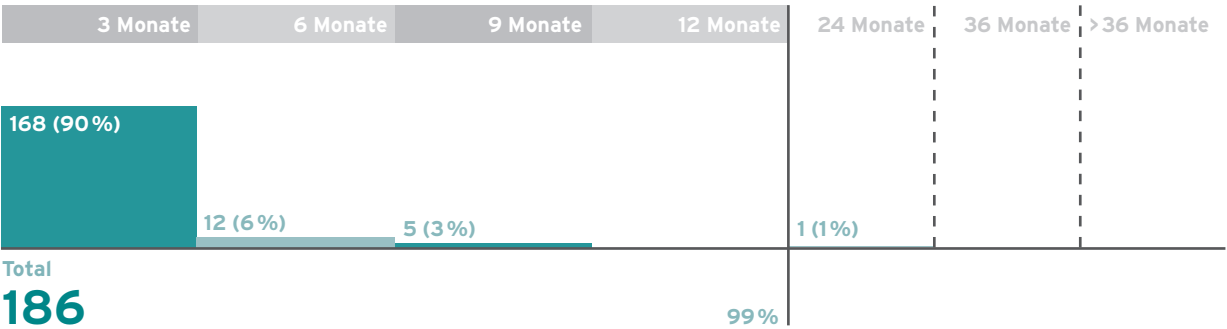


aller 3 Vermittlerämter

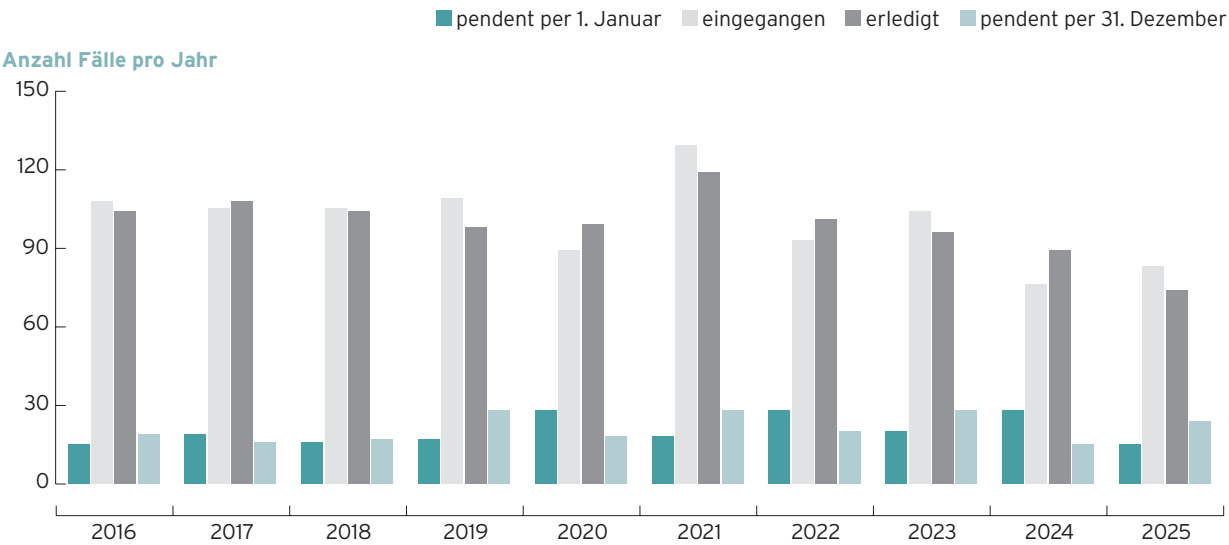


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	40	41	40	37	52	63	59	46	47	36
eingegangen	252	240	226	217	234	245	198	219	194	204
erledigt	251	241	229	202	223	249	211	218	205	186
pendent per 31. Dezember	41	40	37	52	63	59	46	47	36	54

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

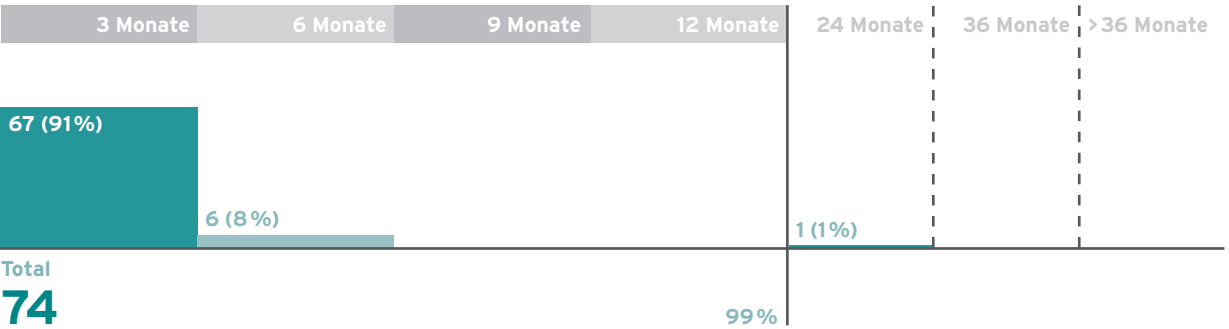


Vermittleramt Kreis 1

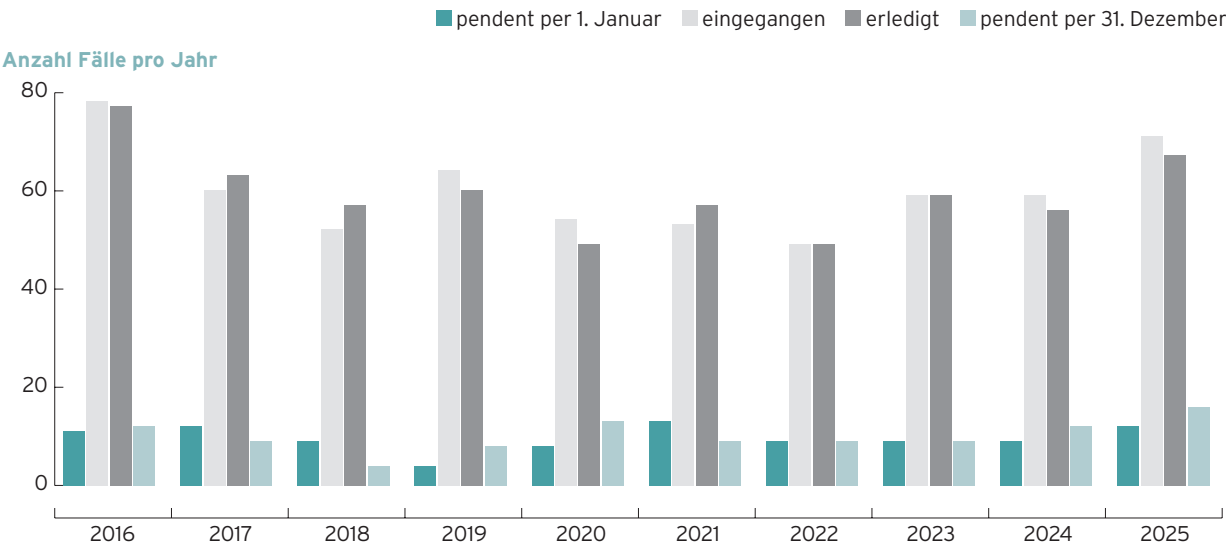


Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	15	19	16	17	28	18	28	20	28	15
eingegangen	108	105	105	109	89	129	93	104	76	83
erledigt	104	108	104	98	99	119	101	96	89	74
pendent per 31. Dezember	19	16	17	28	18	28	20	28	15	24

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)

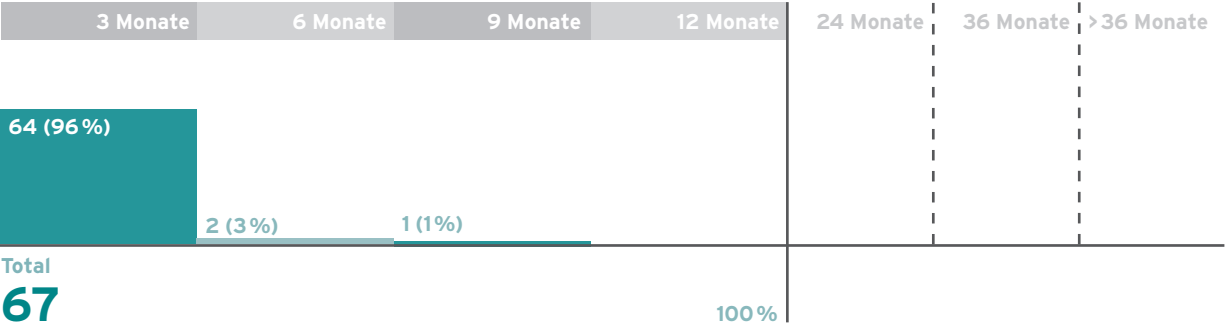


Vermittleramt Kreis 2



Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	11	12	9	4	8	13	9	9	9	12
eingegangen	78	60	52	64	54	53	49	59	59	71
erledigt	77	63	57	60	49	57	49	59	56	67
pendent per 31. Dezember	12	9	4	8	13	9	9	9	12	16

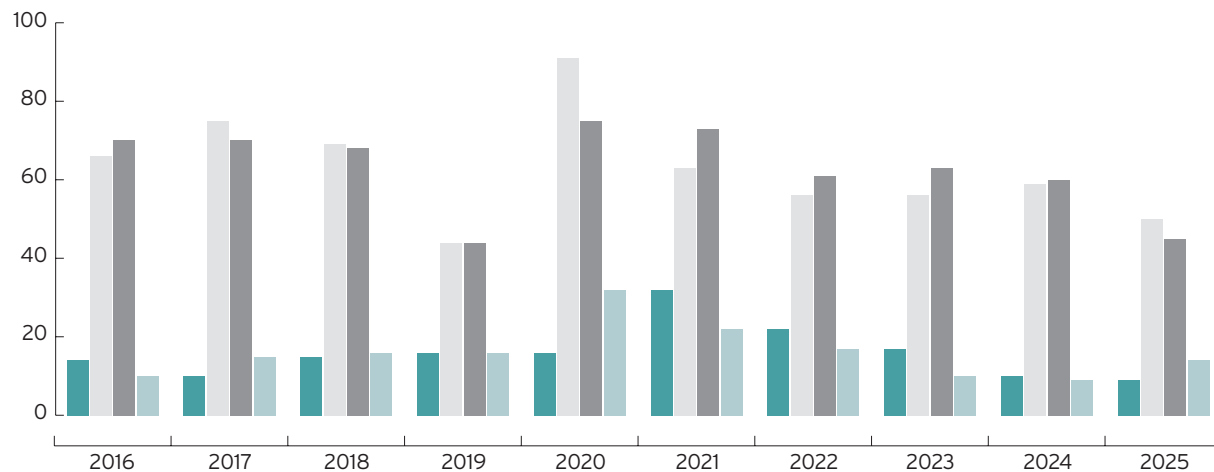
Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Vermittleramt Kreis 3

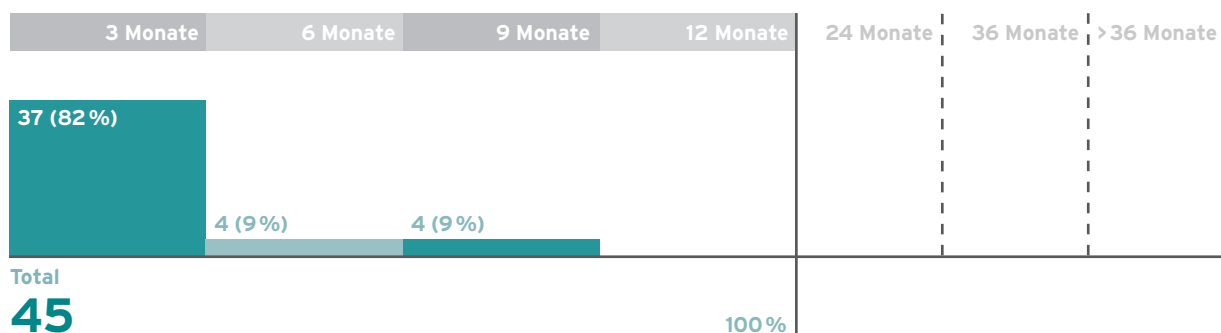
pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
pendent per 1. Januar	14	10	15	16	16	32	22	17	10	9
eingegangen	66	75	69	44	91	63	56	56	59	50
erledigt	70	70	68	44	75	73	61	63	60	45
pendent per 31. Dezember	10	15	16	16	32	22	17	10	9	14

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2025)



Impressum

Herausgeber
Obergericht Appenzell Ausserrhoden

Gestaltung
Merkur Kommunikation GmbH, Teufen

PDF unter
www.ar.ch/gerichte/obergericht/geschaeftsberichte

Obergericht
Landsgemeindeplatz 7c
Fünfeckpalast
9043 Trogen

www.ar.ch/gerichte/obergericht

